

Verhandlungsschrift

über die am **Dienstag, dem 15. Februar 2011,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

10. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.28 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 9. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2010 liegt zur
Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Klaus Hoflehner

Rupert Leitner

Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner

Mag. Bernhard Humer

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Ernst Kirchmayr

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):
Gerhard Kroiß Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):
Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Herbert Pernkopf

Augustine Zittmayr-Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Johann Höpfl
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Margarete Josseck-Herdt (FPÖ)
GR. Mag. Georg Parzmayr (FPÖ)
GR. Andrea Bauer (GRÜNE)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 08.02.2011 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung neuer Mitglieder des Gemeinderates DI-Verf-007-2011

Bgm. Dr. Koits: Meine Damen und Herren! Wir kommen heute zur Angelobung neuer Mitglieder des Gemeinderates.

Nach dem Verzicht von Frau Gemeinderätin Gertrude Aitzetmüller und Herrn Gemeinderat Manfred Hochhauser auf ihr Gemeinderatsmandat waren deren Mandate neu zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde in Nachfolge von Frau Gertrude Aitzetmüller Frau Magistra Sabine Brenner in den Gemeinderat berufen, welche die Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder StR. Silvia Huber, Vzbgm. a.D. Dr. Friedrich Ganzert, Claudia Hüttmayr-Punkenhofer, Werner Forstinger, August Tesarsch, LAbg. Petra Müllner, Karl Schönberger, Helga Maitner, Renate Haim, Mag. Manfred Sams, Günther Gausch, Franz Schiehauer, Birgit Edeneicher, Elfriede Watzinger, Renate Schumm, Brankica Stojak, Alexandra Wimmer, Sandra Hochhauser, Mag. Klaus Schippani, Mag. Otmar Kern, Thomas Mayrhofer, Gerhard Budimir, Elke Lindlbauer, Klaus Schininger, Ronald Schiefermayr und Ralph Rohregger haben auf eine Nachberufung verzichtet.

Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde in Nachfolge von Herrn Manfred Hochhauser Herr Karl Schönberger in den Gemeinderat berufen, der die Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder Stadträtin Silvia Huber, Vzbgm. a.D. Dr. Friedrich Ganzert, Claudia Hüttmayr-Punkenhofer, Werner Forstinger, August Tesarsch und LAbg. Petra Müllner haben auf eine Nachberufung verzichtet.

Die neuen Mitglieder des Gemeinderates sind daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes für die Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie daher, sich von den Plätzen zu erheben und den Herrn Magistratsdirektor darf ich bitten, die Gelöbnisformel vorzulesen.

MD Dr. Schweiger verliest die Gelöbnisformel gemäß § 10 Abs. 4 StW. 1992 idgF.

Nach Namensaufruf durch den Bürgermeister leisten sodann

Frau Mag. Sabine Brenner und anschließend
Herr Karl Schönberger

das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Der Bürgermeister ersucht alle Anwesenden, wieder Platz zu nehmen und führt sodann aus:

Gestatten sie mir jetzt noch ein paar Worte zu den beiden ausgeschiedenen Mandatären bzw. wird sich in Bezug auf Herrn Manfred Hochhauser, der heute nicht hier ist, noch die Gelegenheit ergeben, Worte der Anerkennung zu finden.

Frau Gertrude Aitzetmüller ist heute anwesend und ich darf dich herzlich bei uns willkommen heißen. Gleich vorweg darf ich danke für die Zeit sagen, die du hier im Gemeinderat mit uns zusammen für die Stadt Wels gearbeitet hast. Du konntest dabei viel bewegen und wenn ich sage „für die Stadt Wels“, dann sind damit die mittlerweile fast 63.000 Bewohnerinnen und Bewohner gemeint.

Du warst in sehr vielen Ausschüssen tätig und ich nenne einige davon:

Es sind das der
Ausschuss für Feuerwehrwesen und Katastrophenhilfsdienst,
Ausschuss für Kultur-, Schul- und Kindergartenangelegenheiten,
Planungsausschuss,
Verkehrsausschuss,
Sozial-, Familien- und Jugendausschuss,
Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss,
Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss sowie
Ausschuss für Gleichbehandlung und Frauenangelegenheiten.

Das alles waren Ausschüsse, die dir besonders gelegen sind und persönlich hatte ich die Möglichkeit, im Sozialausschuss mit dir beisammen zu sein und deine profunde Arbeit kennenzulernen. Du warst immer sehr konsensbereit bzw. bereit, auf andere zuzugehen. Du hast zwar deine Meinung vertreten, nachdem du dir zuvor über die Sachlage dein Bild machtest, du warst aber auch offen zugänglich für Argumente anderer. Das ist es meines Erachtens, was eine sehr gute Arbeit ausmacht.

Ich bedanke mich also ganz herzlich für deine Leistung. Es wird an anderer Stelle nochmals die Gelegenheit geben, danke zu sagen, aber ich wollte das auch schon heute vor den Kolleginnen und Kollegen tun, so wie wir das immer machen, wenn jemand aus dem Gemeinderat ausscheidet.

Herzlichen Dank! Ich wünsche dir und deiner Familie alles Gute und bin froh, dass wir dich hier zehn Jahre als Gemeinderatskollegin haben konnten.
(Beifall!)

GR. a.D. Aitzetmüller: Herr Bürgermeister, ich möchte mich recht herzlich für deine netten Worte bedanken. Ich danke aber auch den Kolleginnen und Kollegen von allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit. Ebenso bedanke ich mich bei der Beamtenschaft, von der ich stets Auskunft erhielt, wenn ich irgendwo Fragen hatte.

Herzlichen Dank ihnen allen!
(Beifall!)

Bgm. Dr. Koits: Nun darf ich noch zu den neuen Kollegen im Gemeinderat kommen. Ich wünsche euch alles Gute und hoffe auf gute Zusammenarbeit. Für einen ist ja die Arbeit im Gemeinderat nicht mehr neu, dem Kollegen Schönberger, welcher schon in der Vorperiode bei uns war, während für die junge Kollegin das etwas total Neues darstellt.

Ich wünsche den Neuen, dass sie zu allen Mitgliedern des Gemeinderates ein kollegiales Verhältnis aufbauen können.

Anfrage von GR. Prof. Mag. Walter Teubl an Vzbgm. Dr. Bernhard Wieser betreffend neuen Friedhofszaun:

Bgm. Dr. Koits: Herr Gemeinderat Mag. Walter Teubl hat gemäß § 10 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende Anfrage an Herrn Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser gerichtet:

„Vor dem Haupteingang des Welser Friedhofs wurde im vergangenen Jahr ein Zaun errichtet, der ob seiner Gestaltung äußerst umstritten ist. Wie den Medien zu entnehmen ist, haben Sie sich dazu ebenfalls kritisch geäußert. Ich ersuche sie in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer hat diesen Zaun in Auftrag gegeben?
2. Von wem wurde die Gestaltung dieses Zaunes vorgenommen?
3. Welche Kosten haben die Planung und Ausführung dieses Zaunes verursacht?
4. Aus welchem Budget wurden Planung und Ausführung dieses Zaunes finanziert?
5. Welchen Zweck hat dieser Zaun, der völlig unmotiviert in der Gegend herumsteht und an dem man auch einfach vorbeigehen kann, eigentlich?
6. Wie kommt es, dass Sie als für den Friedhof zuständiger Referent offensichtlich keine Ahnung von diesem Projekt hatten bzw. es nicht verhindert haben?
7. Welche weiteren Aktivitäten planen Sie in dieser Angelegenheit?“

Herr Dr. Wieser wird jetzt diese Frage mündlich beantworten.

Vzbgm. Dr. Wieser führt folgende Anfragebeantwortung durch:

Es ist nicht so üblich, Anfragen, die an die Referenten gerichtet werden, gleich mündlich zu beantworten, aber in diesem Fall ist es schon einmal aufgrund der bisherigen medialen Berichterstattung sicher sehr gut, wenn ich die Gelegenheit zur mündlichen Beantwortung wahrnehme und nicht eine schriftliche Beantwortung durchführe.

Ich danke dafür, Herr Magister Teubl, dass sie dieses Thema angeschnitten haben. Es schaut zwar so aus, als wäre das ein eher kleines oder unwichtiges Thema, aber von der großen Zahl an Menschen her, die dort vorbeikommen oder von der Zahl der Äußerungen her, die dazu gefallen sind – in dieser Häufigkeit kommen solch viele Äußerungen nicht oft vor – ist wahrscheinlich doch einiges zu sagen.

Was sie betrifft, Herr Magister Teubl, haben sie ja auf ihrer Homepage schon beschrieben, was ihnen dazu am Herzen liegt. Sie haben mich dort wiederholt als ahnungslos bezeichnet. Und der offenbare Anlass für ihre heutige Anfrage ist dort ebenfalls nachzulesen. Es steht dort, dass sie am Friedhof vorbeigingen und da erblickte ihr Auge plötzlich etwas, das eben dieses Auge zutiefst beleidigte. Etwas genauer steht dort, dass sie an diesem Friedhofsteil vorbeigegangen sind und plötzlich störte sie aufdringlich grell und verstörend ein seltsames Gebilde bzw. störte das den Gesamteindruck.

Nun, damit liegen sie gar nicht so schlecht gegenüber dem, was die Menschen so im Allgemeinen zu diesem Zaun sagten. Manche meinten, dass sie dieser Zaun an ein Straflager erinnere – ähnliche Dinge wurden ebenfalls vorgebracht – und manche meinten, dass sie eigentlich den Eindruck hätten, als wäre das eine Baustelle, die noch gar nicht fertig sei.

Sie haben ihre Fragen von 1. bis 7. durchnummeriert und ich werde mir zwar eine vollständige Beantwortung, aber nicht ganz die Einhaltung dieser Nummerierungen erlauben.

Zuerst komme ich also zur Nummer 6 der Anfrage, die da lautet: „Wie kommt es, dass Sie als für den Friedhof zuständiger Referent offensichtlich keine Ahnung von diesem Projekt hatten bzw. es nicht verhindert haben?“

Hier komme ich gleich auf die mir vorgeworfene Ahnungslosigkeit zurück. Vielleicht sind hier herinnen auch andere ahnungslos, was ich zwar nicht glauben kann, aber andererseits ist es sicher gut, wenn man genau darüber informiert ist, wofür die einzelnen Referenten politisch verantwortlich sind. Und hier kann ich ihnen sagen, dass es in der Stadt Wels eine ganz wesentliche Unterscheidung zwischen der Friedhofsverwaltung und der Bestattung der Stadt Wels GmbH gibt. Persönlich bin ich politisch für die Friedhofsverwaltung zuständig und auf der anderen Seite gibt es eine GmbH, eine juristische Gesellschaft, die vollkommen unabhängig

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Wieser! Sie lesen jetzt alles Mögliche vor, aber es geht ausschließlich um die Beantwortung der gestellten Fragen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich beantworte ohnehin nur die Fragen. Hier wird der Friedhofsreferent angegriffen und an dieser Stelle verweise ich eben darauf, dass es für die Bestattung GmbH einen politisch zusammengesetzten Aufsichtsrat gibt – das muss

auch der Herr Teubl wissen – und der eigentliche politische Referent ist der Herr Bürgermeister Dr. Koits, der ja als Eigentümerversorger für all diese Betriebe der Stadt Wels letztlich verantwortlich ist.

Ich selbst war allerdings in der letzten Periode immer wieder eingeladen, bei Aufsichtsratssitzungen als Gast teilzunehmen, allerdings ohne Stimmrecht. Und tatsächlich war es so, dass über viele Jahre hindurch der Neubau der Aussegnungshalle ein wichtiges Anliegen der Stadt Wels gewesen ist, nur konnte dieses nie verwirklicht werden, weil aus dem Budget heraus keine entsprechenden Mittel zur Verfügung standen. Schließlich wurde dann aber ein Verkauf von Grundstücken zusammen mit der Aussegnungshalle an die Bestattung GmbH durchgeführt, nämlich per Gemeinderatsbeschluss und damit hat letztlich die Gesellschaft die Renovierung der Aussegnungshalle durchgeführt. Die Politik hat dafür einen Rahmen von 750.000 Euro vorgegeben. Die Bestattung GmbH musste also zuerst einmal sehr viel Geld für die Liegenschaft an die Stadt überweisen, worüber sich der Herr Finanzreferent sehr freute und dann musste die GmbH unter Zuhilfenahme von Kreditmitteln auch noch die Renovierung der Halle durchführen.

Sie sehen also, Herr Magister Teubl, wer diesen Auftrag vergeben hat, nämlich die Bestattung GmbH. Dieser Auftrag ging direkt an die Firma Delta, ein Planungsbüro in Wels, das schon vielfach für die Stadt Wels geplant hat, und das zur großen Zufriedenheit. So darf ich auch hier gleich einmal sagen, dass die Gesamtanierung der Aussegnungshalle mit den technischen Einrichtungen etc. wirklich hervorragend gelungen ist. Es ist jetzt alles modernst ausgestattet – die Lüftung, die Heizung etc. – so wie das eben verlangt wurde. Früher überlegte man sogar, ob man nicht die ganze Halle wegreißen und neu errichten sollte, aber man hat sich dann doch für die Renovierung entschieden. Also, ich darf der Firma Delta mein größtes Kompliment aussprechen, die die Sanierung zur höchsten Zufriedenheit erledigte. Ich weiß aber nicht – das darf ich in diesem Zusammenhang hier erwähnen – warum die Halle nie neu eingeweiht wurde, aber vielleicht kann der Herr Bürgermeister dazu etwas sagen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Ist das jetzt auch noch ein Teil der Anfragebeantwortung?

Vzbgm. Dr. Wieser: Das dient nur zur Abrundung des Ganzen, damit für die Zukunft nicht irgendwelche Fragen offen bleiben.

Nun komme ich zum zweiten Punkt der Anfrage, welcher lautete:
„Von wem wurde die Gestaltung des Zaunes vorgenommen?“

Die Sache lief so, dass die Firma Delta einen Architekten aus Wien zur Verfügung stellte, der eben diesen Zaun machte.

Generalunternehmer für das ganze Gebäude war das Welser E-Werk, nachdem ja die Bestattung selbst über kein Personal verfügt, das über ausreichendes technisches Wissen für eine solche Baumaßnahme verfügt.

Die Kosten für die Ausführung dieses Zaunes belaufen sich laut Auskunft auf insgesamt 23.688,40 Euro. Und das Einfahrtstor, das hier integriert ist, kam noch auf weitere 5.237,39 Euro.

Aus welchem Budget das Ganze finanziert wurde, habe ich meines Erachtens schon erwähnt. Die Planung und Ausführung erfolgte demnach aus dem Budget der Bestattung GmbH.

Unter Punkt 5. fragten sie, welchen Zweck dieser Zaun hat, der völlig unmotiviert herumsteht und an dem man auch einfach vorbeigehen kann, weil er ja irgendwie durchlässig ist. Ich habe mich diesbezüglich natürlich erkundigt und eine Stellungnahme bekommen. Der Herr Architekt, dessen Namen ich hier nicht erwähnen möchte, schreibt dazu: „Die auf zwei Ebenen versetzten Stahlrohre erzeugen ein abstraktes, bewegtes Bild und stellen eine zwar eindeutige, aber durchlässige Grenze zwischen dem Friedhofsgelände und dem Vorplatz dar. Sicherheit und Abgeschlossenheit wären keine angemessene Aussage. Der Zaun ist ein erstes leichtes Symbol für den Eintritt in einen anderen Ort, einen Ort, der in jeder Kultur eine besondere Stellung einnimmt.“ Und ein Herr von der Firma Delta sagte mir, dass ein wenig Aufregung gut tun. Dann heißt es auch noch: „Der Friedhof ist ein besonderer Platz. Die neue Begrenzung regt zum Hinschauen und zur Diskussion an. Sie ist Ausdruck der Unsicherheit unseres Lebens zwischen Streben und Fallen. Sie hat etwas Organisches wie die Verzweigung von Bäumen an sich. Hier sind viele Interpretationen möglich.“

Und vielleicht wird sie auch noch interessieren, warum ich das nicht verhindert habe. Ich kann ihnen das ganz leicht sagen. In einer der Aufsichtsratssitzungen – ich glaube, es war jene vom 19. Juni 2009 – wurde eine ganze Reihe von Plänen an die Wand gehängt; es waren das mehrere kleine Pläne. Und bezüglich dieses Zauns ist zu sagen, dass allgemein bekannt war, dass eine Abgrenzung kommen würde, aber in der Wichtigkeit des ganzen Projektes war dieser so untergeordnet, dass er nie Gegenstand irgendwelcher Diskussionen wurde. Sie können sich das jetzt noch in der Bestattung anschauen, wobei sie feststellen werden, dass die vorgelegten Skizzen für den Zaun keine Ausführungen im Detail darstellten und schon gar nicht den Eindruck erzeugten, den sie und viele andere letztlich in der Natur gewonnen haben. Ich selbst mache niemand im Aufsichtsrat den Vorwurf, man hätte erkennen können, wie letztlich dieser skizzierte Zaun in der Natur aussieht. Man sieht zwar ziemlich klein, aber völlig unbedeutend diverse Stäbe, nur erweckte das alles in keiner Weise einen Eindruck, wie er in der Natur entstanden ist. Damit beantwortet sich eigentlich die Frage, warum ich das nicht verhinderte, von selbst: Es war für mich einfach nicht erkennbar, wie sich das in der Natur darstellen würde.

Vielleicht ist auch noch interessant, dass Herr Bürgermeister Dr. Koits, so wie sie, in der Öffentlichkeit mich allein dafür verantwortlich machte, obwohl er ja wusste, wie in diesem Fall die Dinge abliefen oder wie es mit der Sachlage aussieht. Er bezeichnete mich als den für den Friedhof Zuständigen, wodurch mir eben 99 Prozent der Bevölkerung in die Schuhe schoben – das hat er gewusst und gewollt, dass das so aufgenommen wird – dass ich für diesen Zaun verantwortlich sei, dagegen aber nichts unternahm und lediglich hintenach schimpfte. Es ging also darum, die Glaubwürdigkeit des Dr. Wieser anzuputzen. Und das Ganze passierte dann auch noch im Welser Amtsblatt. Es stellte eine Einzigartigkeit dar, dass sich da ein Mitglied des Stadtsenates, in diesem Fall der Bürgermeister, über ein anderes Mitglied verwundert zeigte und sozusagen eine negative Presseaussendung über einen Stadtsenatskollegen durchführte.

Ich empfand aber diese Sache als nicht allzu schlimm und kam mehr zur Ansicht, dass mir das die Gelegenheit geben würde, auch eine Aussendung hinausbringen zu können. Ich verfasste einen bestimmten Text und es wurde mir seitens der Öffentlich-

keitsarbeit zugesagt, dass ich in der nächsten Ausgabe des Amtsblattes etwas entgegen dürfe, so wie ich das jetzt in etwa machte. Aber diese Entgegnung wurde irgendwie abgedreht. Dann vereinbarten wir, dass über den Pressedienst etwas hinausgehen würde, so nach dem Motto: Was der Bürgermeister darf, das ist auch mir möglich. Dem war aber letztlich doch nicht so. Und nach einigen Wochen wurde mir mitgeteilt, dass meine Entgegnung seitens des Magistrates nicht veröffentlicht werde. Deshalb entstand dieser Kommentar in der Presse, dass ich neun Wochen gebraucht hätte, um darauf zu reagieren.

So, ich danke für die Gelegenheit, diese Anfrage beantworten zu dürfen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Beantwortung und übergibt sodann den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer, nachdem Herr Gemeinderat Mag. Teubl auch an ihn eine Anfrage stellte.

Anfrage von GR. Prof. Mag. Teubl an Bgm. Dr. Peter Koits betreffend Errichtung eines neuen Friedhofzauns:

Vzbgm. Wimmer verliest die Anfrage wie folgt:

„Vor dem Haupteingang des Welser Friedhofs wurde im vergangenen Jahr ein Zaun errichtet, der ob seiner Gestaltung äußerst umstritten ist. Ich ersuche sie in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer hat diesen Zaun in Auftrag gegeben?
2. Von wem wurde die Gestaltung dieses Zaunes vorgenommen?
3. Welche Kosten haben die Planung und Ausführung dieses Zauns verursacht?
4. Aus welchem Budget wurden Planung und Ausführung dieses Zauns finanziert?
5. Welchen Zweck hat dieser Zaun, der völlig unmotiviert in der Gegend herumsteht und an dem man auch einfach vorbeigehen kann, eigentlich?“

Beantwortung der Anfrage durch den Bürgermeister:

Ich werde mich jetzt bei der Beantwortung nicht so verbreitern, wie das der Kollege Dr. Wieser getan hat. Ich werde nur kurz aufgrund der Fakten eine Beantwortung durchführen.

Richtig ist einmal, dass ich als Vertreter des Eigentümers der zuständige Referent bin und ich stehe nicht an zu sagen, dass es mir leid tut. Dieser eine Artikel, der im Amtsblatt erschienen ist, war ein Fehler. Er hätte dort nicht hineinkommen dürfen und ich sage nochmals, dass mir das leid tut. Mehr ist aber dazu nicht mehr zu sagen, denn inhaltlich gibt es überhaupt keine Korrektur.

Herr Dr. Wieser! Ich patze niemanden an und ich mache niemanden schlecht. Das war noch nie meine Art und es wird das auch in Zukunft nicht meine Art sein. Ich habe vielmehr die Fakten erwähnt und wenn sie die Presseaussendung genau lesen, werden

sie mir zugeben, dass dort einfach stand, dass der Herr Dr. Wieser der Friedhofsreferent ist und sonst gar nichts, also nicht auch der Referent für die Bestattung GmbH.

Wie schon gesagt: Der Auftrag für die Errichtung dieses Zaunes wurde vom Aufsichtsrat erteilt.

Geplant wurde das Ganze von der Firma Delta Projektconsult, was von Dr. Wieser bereits erwähnt wurde.

Die Kosten für diesen Zaun wurden von ihm ebenfalls genannt. Und natürlich kommt alles aus dem Budget der Bestattung GmbH.

Und es wundert mich schon ein wenig, Herr Magister Teubl, dass gerade sie als Vertreter der GRÜN-Partei den Möglichkeiten der Kultur in unserer Stadt so wenig Spielraum geben. Gerade von ihrer Seite hört man doch immer, dass Kultur zur Diskussion anregen muss, dass sie widersprüchlich sein muss, wenn am Ende etwas herauskommen soll. Aber dann echauffieren sie sich bei diesem Zaun in dieser Weise, wobei ich zugestehe, dass man verschiedener Meinung sein kann. Jedenfalls habe ich die Massen an Menschen, die immer kolportiert werden, wenn es um die Ablehnung geht, noch nicht verspürt. Und ich kann ihnen sagen, dass unser Bürgercenter oder auch sonst manche Abteilungen wirklich Anlaufstelle für alles sind, nur haben wir auch von dort her keine einzige Beschwerde erhalten, keine einzige Klage über diesen Zaun. Das sei auch einmal gesagt.

Im Übrigen hat Herr Dr. Wieser die Stellungnahme der Firma Delta Projektconsult vorgetragen, der man sich durchaus anschließen kann, wenn man für die Kultur oder für Kulturelles etwas übrig hat.

Vzbgm. Wimmer dankt dem Bürgermeister für die Anfragebeantwortung und übergibt ihm wieder den Vorsitz.

Zusatzfrage von GR. Prof. Mag. Teubl:

Herr Dr. Wieser! Mir war sehr wohl bekannt, dass der Herr Bürgermeister hier als zuständiger Referent gefragt ist, weshalb ich auch an ihn eine Anfrage in dieser Sache stellte. Dennoch habe ich mir auch von ihnen, Herr Dr. Wieser, eine Antwort erwartet, weil zwar eine ausgelagerte Gesellschaft existiert, sie aber als Friedhofsreferent dort im Aufsichtsrat tätig sind, was sie konzidierten. Aufgrund ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat waren sie also doch in irgendeiner Weise involviert.

Die Antwort, die ich nicht bekommen habe, betrifft die Frage, welchen Zweck eigentlich dieser Zaun hat. Auch von ihnen, Herr Bürgermeister, habe ich darauf keine Antwort bekommen. Ich kann ihren Worten nur entnehmen, dass sie die Sache irgendwo so empfinden, dass dieser Zaun gar keinen bestimmten Zweck haben müsse, weil es sich dabei offenbar um ein Kunstwerk handelt. Darauf wäre ich allerdings nicht gekommen. Weiters ist mir neu, dass die Delta Projektconsult unter den Künstlern Österreichs einen besonderen Namen hätte.

Vzbgm. Dr. Wieser: Herr Mag. Teubl! Schon seinerzeit, als die Leichenhalle noch im Bestand der Friedhofsverwaltung war, mussten wir immer wieder die Erfahrung

machen, dass Besucher in das Areal hineinfahren und rund um die Halle standen. Das war immer wieder Anlass für Beschwerden und Ärgernisse. Darum war sozusagen von Anfang an klar, dass eine gewisse Einzäunung zu machen sein wird, die das in Zukunft verhindert. Und ein Eingang für Personen ist ständig offen.

Wie sie aber richtig bemerkten, hat dieser Zaun nicht im Geringsten eine Funktion, wie man ihn normalerweise einem Zaun zuschreibt, nämlich jene, als Absperrung eines gesamten Areals zu dienen. Das war nie vorgesehen!

In der Fortsetzung des Zauns in Richtung Osten soll die Abzäunung eine gewisse Trennung des Gehsteigs oder der Straße zum Bereich vor der Leichenhalle ergeben, wo sich ja die Leute aufhalten, die beispielsweise an der Seite zur letzten Verabschiedung hineingehen wollen. Damit ist eine gewisse optische Trennung gegeben. Das war der grundsätzliche Auftrag an die Firma Delta und diesen Auftrag hat dann dieser Architekt aus Wien umgesetzt. Und so wie er das machte, hat das meines Erachtens nicht nur einen architektonischen, sondern auch einen künstlerischen Wert, so wie er eben die Stäbe versetzte.

Abgesehen davon hege ich immer noch die Hoffnung, dass vielleicht eine andere Abteilung aus meinem Referat, etwa die Stadtgärtnerei, gnadenhalber etwas hinzufügen kann, womit die Wucht des Stahls etwa zu mindern wäre.

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Wieser, ich war eigentlich der Meinung, dass der Zaun für sich selbst spricht. Und wenn man öfter auf den Friedhof zu Begräbnissen hinunterkommt, sieht man sehr wohl, wozu dieser Zaun notwendig ist.

Schauen wir jetzt einmal, Herr Dr. Wieser, was Herr Direktor WALTER in diesem Bereich vorhat und vielleicht trifft er sich ohnehin mit Herrn Diplomingenieur Haslmayr von der Stadtgärtnerei.

Anfrage von GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger an Vzbgm. Dr. Bernhard Wieser betreffend Errichtung eines Bodenlehrpfades:

Bgm. Dr. Koits verliest die an Herrn Vzbgm. Dr. Wieser gerichtete Anfrage wie folgt:

„2007 wurde ein Konzept für die Errichtung eines Bodenlehrpfades in Auftrag gegeben. Seither gab es unseres Wissens nach keinerlei weitere Aktivitäten zur Umsetzung.

Daher möchten wir von Ihnen wissen,

1. warum wurde an dem Konzept in den Folgejahren nicht weiter gearbeitet? Ist daran gedacht, das Konzept 2011/2012 in eine konkrete Planung überzuführen?
2. Falls ja, wie sehen aus Ihrer Sicht die Umsetzungsschritte und ein Zeitplan mit Meilensteinen für die Errichtung des Bodenlehrpfades aus?
3. Sind für 2011 oder 2012 Mittel für das Projekt vorgesehen, um eine Kofinanzierung der möglichen Förderung durch das Land Oberösterreich bereitzustellen?

Aus unserer Sicht besteht die Möglichkeit, den Bodenlehrpfad an dem im Rahmen des laufenden Agenda-21-Prozesses geplanten Römerweg anzuknüpfen. Wurde an diese Option gedacht? Wels hätte dadurch die einmalige Möglichkeit, Böden als Archiv der Kulturgeschichte (Römerfunde in Wels, Landwirtschaft zur Römerzeit etc.) darzustellen.“

Ich darf ihnen sagen, dass Herr Vizebürgermeister Dr. Wieser die Anfrage schriftlich beantwortet wird.

Mitteilung des Bürgermeisters

SPÖ-Gemeinderatsfraktion; keine Nachnominierung eines 2. Vorsitzenden-Stellvertreters:

Bgm. Dr. Koits: Herr Gemeinderat außer Dienst Manfred Hochhauser war stellvertretender Vorsitzender der SPÖ-Gemeinderatsfraktion. Da die Fraktion keinen Nachfolger bekannt gegeben hat, ist nunmehr Gemeinderat Reindl-Schwaighofer alleiniger Stellvertreter. Das zu ihrer Information.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits informiert, das seitens der FPÖ-Fraktion rechtzeitig ein Thema zur „Aktuellen Stunde“ bekannt gegeben wurde und ersucht um eine Wortmeldung der FPÖ-Fraktion.

Innenstadtagenda 21:

GR. Raggl-Mühlberger: Was heißt „Agenda 21“? „Agenda“ steht für „was ist zu tun“ und die Zahl 21 steht für das nachhaltige und lebenswerte 21. Jahrhundert.

Bei uns wird jetzt die Innenstadtagenda ein Jahr lang vorangetrieben und was liest man dazu? „Agenda 21 auf Erfolgskurs in Oberösterreich: Erste Innenstadtagenda bilanziert“, so lautet die Überschrift zur Pressekonferenz.

Ein Jahr lang haben sich die Bürger von Wels freiwillig mit Ideen eingebracht, um die ersten Projekte zu präsentieren. Vorab sei gesagt, dass solche Prozesse absolut zu unterstützen sind und diese unsere volle Zustimmung haben. Nun, da wir sozusagen Bilanz ziehen nach einem Jahr der Arbeit, sollte man sich die Projekte etwas detaillierter ansehen und vielleicht doch ein paar Dinge hinsichtlich Kosten und Effektivität hinterfragen. Schließlich und endlich kostet uns die Umsetzung in der ersten Phase 150.000 Euro.

Die geplante Kulturkonferenz soll eine Vernetzung der Kunst- und Kulturarbeit in Wels hervorbringen. Sie wird am 20. und 21. Mai über die Bühne gehen. Das ist ein absolut sinnvolles und gewinnbringendes Projekt in Sachen Kultur, doch frage ich mich angesichts der hohen Subventionen, die Wels für die Kultur ausgibt, ob die dafür notwendigen 20.000 Euro wirklich noch zusätzlich aufgebracht werden müssen.

Auch die 15.000 Euro für das Jugendprojekt „Wem gehört die Stadt“ mit Straßeninterviews und einem weiteren Kurzfilm von Wels sind absolut nicht einzusehen. Warum soll dafür extra Geld ausgegeben werden? Diese Kosten sollten bei den hohen Zuschüssen, welche YOUKI von der Stadt Wels bekommt, eigentlich in deren Budget enthalten sein.

Der nächste große Teil ist in den Thematisierungswegen zu sehen. Es soll mir bitte jemand erklären, warum man nur für die Planung zweier Wege 50.000 Euro ausgibt. Wenn man also pro Weg 25.000 Euro Planungskosten annimmt sowie 10.000 Euro Kosten für die Bodenmarkierung des Römerweges und für dessen Beschilderung nochmals 10.000 Euro, so kommen wir allein beim Römerweg auf 45.000 Euro. Und da stellt sich natürlich die Frage, warum man neben einem bereits vorhandenen Weg mit einem wirklich tollen Prospekt und einer wirklich schönen Homepage nochmals 45.000 Euro ausgibt.

Der Energiepfad sollte eigentlich zur Eröffnung des Welios fertig sein. Im Prospekt sind aber bis jetzt nur 25.000 Euro Planungskosten enthalten, nicht aber die Kosten für eine Beschilderung.

Wels kämpft eigentlich ständig um ein positives Einkaufserlebnis. Das Stadtmarketing Wels erhält viel Geld dafür, genau dies zu bewerben und die Kaufleute schmücken ihre Schaufenster bzw. versuchen sie, ihre Schaufenster schön zu gestalten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Kunden, die durch Wels shoppen, sich an zehn markanten Punkten an die Greuelthaten des 2. Weltkrieges erinnern möchten. So schlimm und furchtbar diese Zeit auch war, so hat jetzt die Erinnerung daran mit einem positiven Einkaufserlebnis bestimmt nichts zu tun. Dieser Erinnerungsweg ist also für uns Kaufleute absolut kontraproduktiv.

Die Thematisierungswege kosten uns insgesamt 80.000 Euro. Da sollte man sich wirklich noch einmal überlegen, ob man nicht dort oder da etwas einsparen könnte, denn diese Summe ist einfach zu hoch.

Das „Baden an der Traun“ ist absolut ein Projekt mit Charme. Dieses unterstützen und befürworten wir voll. Wir sind nur der Ansicht, dass man das für einen Badeplatz am Mühlbach vorgesehene Geld besser in ein Traunbad investieren sollte, denn dieses wird sicherlich gut angenommen. Der Zwinger eignet sich hervorragend als Erholungsfläche, aber sicher nicht zum Baden.

Wichtig erscheint uns auch noch die Neugestaltung des Pollheimerparks, des Gaswerkparks und der Freieung. Wir haben das Glück, großflächige Grünanlagen in der Stadt zu haben. Nutzen wir diese doch bitte, um Ruheoasen und Spielanlagen für Kinder zu schaffen.

Im Fall, dass man all diese Projekte verwirklicht, scheint es angebracht, sich anhand der Kosten das Verhältnis der verschiedenen Bereiche zueinander anzusehen. So kommen wir im Bereich der Kultur auf 115.000 Euro und bei den freiraumbezogenen Projekten auf 35.000 Euro. Wir fordern deshalb, dass zumindest ein Großteil dessen, was hier der Kultur zugute kommen soll, aus dem Budget der zuständigen Referentin gezahlt wird.

Ein spannendes und noch sehr arbeitsintensives Thema wird die Welser Innenstadtzone in Hinblick auf die Nachhaltigkeit sein. Gerade dieses Thema verlangt unsere volle Aufmerksamkeit, da wir doch unterschiedliche Standpunkte, Meinungen oder Auffassungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen müssen. Viele der Projekte zeigen uns aber, dass sich Wels in einer Aufbruchstimmung befindet und sich die Welserinnen und Welser dafür wirklich engagieren. Daher ist es besonders wichtig, keine Politik der Befindlichkeit, sondern eine Politik der Sachlichkeit an den Tag zu legen.

StR. Lehner: Ich danke der Freiheitlichen Fraktion für dieses Thema in der „Aktuellen Stunde“. Das bietet nämlich die Gelegenheit, den Welserinnen und Welsern auch einmal danke für ein Jahr der Mitarbeit im Rahmen der Innenstadtagenda zu sagen. Agendaarbeit bedeutet ein Ringen um Ideen, Ringen um Projekte und heißt, dass sehr viel ehrenamtliches Engagement erforderlich ist. Hier sind also viele Welser ehrenamtlich tätig, um sich für Anliegen oder aus der Bevölkerung direkt kommende Projekte einzusetzen. Und als Politik ist es wichtig, diese Ideen, die aus der Bevölkerung herauskommen, zu unterstützen.

Gott sei Dank ist diese Agenda so breit aufgesetzt, dass sie auch immer politisch begleitet werden kann. So gibt es ein erweitertes Kernteam, in welchem alle politischen Fraktionen vertreten sind und wo vom ersten Tag an alle Projekte eine Abstimmung erfahren, das heißt, ob sie den Zielsetzungen, den Themen oder Vorstellungen der Stadt bzw. der Fraktionen entsprechen. Hier hat es immer einen breiten Konsens unter den Fraktionen gegeben und die Projekte der Agendagruppen wurden voll unterstützt bzw. auf einen sehr guten Weg gebracht.

Für mich, der gemeinsam mit dem Bürgermeister zuständig ist, war klar, dass wir versuchen sollten, ein möglichst schönes Budget für diese Agendaprojekte zu bekommen. Solch ein Budget kann einerseits nie groß genug sein und auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass einem schon vorkommen kann – speziell wenn man auch noch sucht – es werde dort oder da zu viel Geld ausgegeben. Ich bin aber der Meinung, dass es speziell in Bezug auf das Kernthema der Stadt, die Energie, nie genug an Investition geben kann. Das heißt, diese Themenwege durch die Stadt müssen etwas Besonderes sein und sie sind insbesondere auch deshalb sehr wichtig, weil man damit Frequenz in der Innenstadt erhält. Wir brauchen diese Frequenz in der Innenstadt und durch das neue Welios werden sicher zusätzlich Besucher an die Innenstadt herangebracht. Und diese Gäste sollen dann durch die Themenwege auch noch direkt in die Innenstadt hereingelockt werden. Die Stadt hat eine Vielfalt und diese Vielfalt müssen wir nutzen.

Es wurde somit das Thema Energie im Rahmen der Agenda aufgegriffen, dann geschichtsbezogen die Römerzeit und ich bin sehr dankbar dafür, dass im Rahmen eines Erinnerungsweges die schreckliche Zeit in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts thematisiert werden soll. Man soll und darf nämlich dieses Thema nicht verdrängen. Wir sollen an unsere Geschichte erinnert werden – man soll aus der Geschichte lernen – und ich glaube nicht, dass sich auch nur ein Kunde daran hindern lässt, in Wels einzukaufen, wenn es hier solch einen Erinnerungsweg gibt. Ganz im Gegenteil glaube ich, dass ein offensiveres Auseinandersetzen mit der Geschichte bei unseren Kunden Sympathien schafft und sie deshalb eher nach Wels gelockt als von Wels oder der Innenstadt weggedrängt werden.

Sie haben davon gesprochen, dass es zu viel Geld für die Konzeption gebe. Hier geht es zuerst einmal um Budgetrahmen und ich kenne die Aufregung, die es in der FPÖ

gab, als es hieß, dass das Affenhaus 790.000 Euro koste. Wir wurden hierauf belehrt, dass es in Wirklichkeit eh viel billiger gehe. Wahr ist, dass all das Geld für die Gesamtkonzeption des Tierparks verwendet wird. Mir fehlt allerdings noch eine Antwort auf die Frage, ob dafür tatsächlich die ganzen 790.000 Euro notwendig sind. Und bezüglich dieser Wege etc. wurden halt auch gewisse Budgetrahmen vorgegeben und diese werden jetzt sehr sorgfältig gemeinsam durch die Agendagruppen und die Abteilungen im Haus abgearbeitet. Ich denke, die Welserinnen und Welser haben es sich jedenfalls verdient, dass hier Geld investiert wird, dass aber auch sorgfältig mit den Steuergeldern umgegangen wird.

Wir sind jedenfalls – das steht fest – mit diesem Agenda-21-Prozess die Vorzeigestadt, weil wir die erste Stadt sind, die solch einen Prozess auf städtischer Ebene startete. Ich meine, wir sollten diese Angelegenheit nicht in den politischen Kleinkrieg hineinziehen. Und darum hat es ja immer diese gegenseitigen Abstimmungen im Kernteam gegeben, wo alle politischen Fraktionen dabei sind. Den eingeschlagenen gemeinsamen Weg für die Welserinnen und Welser im Rahmen dieser Agenda sollten wir erfolgreich weitergehen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich denke mir, dass in diesem Agenda-21-Prozess höchstwahrscheinlich schon tausende Stunden ehrenamtlicher Arbeit hineingeflossen sind und an dieser Stelle trifft sich die Aussage der Frau Gemeinderätin Raggl-Mühlberger mit meiner Ansicht, wonach es sich um eine wunderbare Sache handelt, wenn so viele Menschen in unserer Stadt dazu bereit sind, an der Weiterentwicklung und an der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu arbeiten. Und all jene, die sich von Anfang an für diesen Prozess interessierten, welche die Einladungen zur Teilnahme annahmen, hingingen und sich mit anderen Bürgerinnen und Bürgern über diverse Probleme unserer Gesellschaft auseinandersetzten, über verschiedene Projekte diskutierten, also all jene, die dazu bereit waren, ihre eigene Zeit einzubringen, sind diesem Prozess gegenüber sehr positiv gestimmt.

Es schaut nun aber so aus, als sei es wieder einmal der FPÖ überlassen, das alte Spiel mit der Aufrechnung von Kosten in die ganze Geschichte einzubringen. Das alles angesichts eines Prozesses, bei dem wir glücklich darüber sein sollten, dass sich so viele Bürgerinnen und Bürger bereit erklärten, mitzuarbeiten. Gerade hier halten sie es wieder einmal mit dem politischen Kleingeld, indem sie versuchen, Verschiedenes gegeneinander auszuspielen. Hätten sie sich aber auf diesen Prozess eingelassen oder hätten sie mit ihrem Fraktionskollegen Schatzmann gesprochen, dann hätten sie erfahren, dass es sich bei diesen Budgets um Rahmenansätze handelt, um angeschätzte Summen und bei der letzten erweiterten Kerngruppensitzung hat der Bürgermeister sehr wohl ganz deutlich gesagt, dass es sich hier nicht um Geld handelt, das unbedingt ausgegeben werden muss, sondern diese Gelder nur für den Extremfall gedacht sind bzw. für unbedingte Notwendigkeiten. Das sind meines Erachtens Feinheiten, um die es geht, wenn wir einen politischen Diskurs führen.

Ich finde es unredlich, sich mit den Dingen nicht auseinanderzusetzen, sich dann aber hier herzustellen und zu versuchen, die einzelnen Projekte gegeneinander auszuspielen. Die engagierten Bürger dieser Stadt werden sich herzlich bei denen bedanken, die die Arbeit von Wochen und tausenden Stunden zunichte machen, indem sie das in den politischen Kleinkrieg hineinziehen.

Allerdings möchte ich jetzt die Gelegenheit nützen – da schließe ich mich dem Herrn Stadtrat Lehner an – mich wirklich aufrichtig zu bedanken, und zwar einerseits bei den Beamten des Hauses, die sehr oft gegenüber den Bürgern ein hohes Maß an Flexibilität bewiesen haben und die die Arbeitsweise, die sich bei diesem Ehrenamt entwickelte, unterstützten und teilweise die schon gewonnenen Erkenntnisse ermöglichten, und andererseits möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mitarbeiteten, die Modelle erarbeiteten und in stundenlangen Diskussionen verschiedene Dinge abgesprochen haben und so versuchten, gemeinsam an der Zukunft der Stadt zu arbeiten.

Hier schaut es aber so aus, als würden wir diesen Schatz nicht beschützen oder nicht gemeinsam promoten. Wir sollten jedenfalls zur Sachlichkeit zurückkehren. Dieser Aufruf wäre aber nicht notwendig gewesen, hätten sie sich ihre Wortmeldung erspart, nämlich in Verbindung mit dieser von ihnen abgegebenen Qualifizierung.

Bgm. Dr. Koits: Es hat sich der Herr Dr. Rabl zu Wort gemeldet, ich möchte aber darauf hinweisen, dass im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ Mitglieder des Stadtsenates nur die Möglichkeit haben, sich zu Wort zu melden, wenn ihr Geschäftsbereich betroffen ist.

Vielleicht werden sie einmal von diversen Vorschlägen etc. betroffen sein und ist dies der Fall, können sie dazu natürlich das Wort ergreifen. Heute ist dies aber noch nicht der Fall.

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Das ist aber schon ein eigenartiges Demokratieverständnis!

Bgm. Dr. Koits: Mein Demokratieverständnis ist schon sehr groß.....

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Offensichtlich aber nicht groß genug!

Bgm. Dr. Koits: Sie haben auch schon zweimal hier im Gemeinderat Geschäftsordnungsanträge gestellt, die nicht Rechtens waren!

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Wieso haben sie diese Dinge dann überhaupt zugelassen?

Bgm. Dr. Koits: Wir kommen jetzt zur nächsten Wortmeldung!

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Ich werde mich kurz halten, weil ja schon einiges gesagt wurde.

Ich möchte mich eigentlich dafür bedanken, was zum Thema Ehrenamt gesagt wurde. Ich glaube, es stellt eine großartige Leistung der Bürgerinnen und Bürger dar, wenn sie sich stundenlang hinsetzen, planen, diskutieren, und das alles in ihrer Freizeit. Sie machen sich also Gedanken darüber, wie die Stadt Wels schöner und lebenswerter gemacht werden kann. Ich finde, dieser Einsatz sollte eigentlich belohnt und nicht hinterfragt werden.

Ergänzen möchte ich noch, dass die 150.000 Euro nicht völlig aus dem Budget der Stadt gezahlt werden, sondern dass hier auch Fördergelder aus dem Ressort von Landesrat Anschöber kommen werden, sodass seitens der Stadt nicht 150.000 Euro notwendig sind, sondern meines Wissens nach nur die Hälfte.

Bgm. Dr. Koits: Bezüglich der Kosten darf ich sie informieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass seitens der Stadt im Einvernehmen zwischen Finanz- und Planungsreferenten 110.000 Euro vorgesehen sind.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: 130.000 Euro!

Bgm. Dr. Koits: Entschuldigung, 130.000 Euro und es werden bei Landesrat Anschober entsprechende Förderansuchen eingereicht. Wir hoffen natürlich, dass uns insgesamt mehr als 130.000 Euro zur Verfügung stehen werden. Das wird jetzt davon abhängen, was uns das Land dazuzahlt.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Installierung von WLAN in der Stadthalle:

Vzbgm. Wimmer: Nachdem ich sonst heute keine Gelegenheit habe, möchte ich diese Vorsitzübernahme dazu nutzen, sie davon zu informieren, dass seit heute WLAN in der Stadthalle zur Verfügung steht. Ich sehe, dass das einige ohnehin schon ausnützen.

Ferner darf ich um Verständnis bitten – nachdem ich mitverfolgte, dass das zu Diskussionen unter den Nutzern unsres Livestreams führt – dass zur Zeit die Nutzung des Browsers Firefox noch nicht möglich ist, aber die von uns beauftragte Firma arbeitet bereits daran. Bekanntlich haben wir unser System umgestellt und das ist noch ein Problem. Deshalb bitte ich darum, auf den Internet-Explorer zurückzugreifen. Für Netuser – ich habe das bei Frau Andrea Bauer mitverfolgt – ist es bereits möglich, diesen Livestream zu sehen.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-364-2010

Bgm. Dr. Koits: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Nachbesetzung von frei gewordenen Plätzen in den Ausschüssen durch die heute neu angelobten Mitglieder des Gemeinderates. Frau Magister Brenner und Herr Karl Schönberger werden somit die freien Ausschuss-Mandate übernehmen.

Sie haben alle den dazu verfassten Amtsbericht (Anlage 1) bekommen, wo alles genau aufgelistet ist, und zwar entsprechend dem von der SPÖ-Fraktion eingebrachten Wahlvorschlag (Anlage 2).

Die durch Erheben der Hand durchgeführte Wahl durch die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion bringt folgendes Ergebnis:

Der Wahlvorschlag (Anlage 2) wird fraktionell

einstimmig angenommen.

2.)

Wahl des Vorsitzenden-Stellvertreters des
Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses
DI-Verf-036-2011

Bgm. Dr. Koits: Durch das Ausscheiden von Herrn Manfred Hochhauser aus dem Gemeinderat wurde auch die Stelle des Vorsitzenden-Stellvertreters im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss frei.

Der hiezu seitens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion eingebrachte Wahlvorschlag (als Anlage 3 beigefügt) lautet auf das heute angelobte Gemeinderatsmitglied Karl Schönberger.

Ich bitte um Durchführung dieser Fraktionswahl.

Die durch Erheben der Hand durchgeführte Wahl seitens der Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion bringt folgendes Ergebnis:

Der Wahlvorschlag (Anlage 3), lautend auf Karl Schönberger, wird fraktionell

einstimmig angenommen.

3.)

Rechnungshofbericht;
Finanzsteuerinstrumente der Gebietskörperschaften mit Schwerpunkt Stadt Wels;
Nachfrageverfahren 2009
DI-Präs-2256-2007

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass alle Mitglieder des Gemeinderates den Amtsbericht (Anlage 4) zu diesem Thema erhielten und selbstverständlich den Rechnungshofbericht selbst (Anlage 5) und merkt an, dass der Rechnungshof der Stadt Wels in diesem Bericht ein durchaus gutes Zeugnis ausstellte.

StR. Dr. Rabl: Ich bin schon froh darüber, dass ich jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt etwas sagen kann. Da ist gegenüber einer bestimmten Situation, die wir heute schon hatten, als Fortschritt zu bezeichnen.

Ich darf jetzt ein paar Fragen stellen und vielleicht kann der Herr Bürgermeister diese Dinge aufklären.

Der Rechnungshof empfiehlt im Wesentlichen vier Punkte. Zum Ersten empfiehlt er die Festlegung von Limits. Zweitens empfiehlt er eine laufende Beobachtung der Entwicklung am Kapitalmarkt. Drittens geht es um die Festlegung einer Benchmark und viertens um die jährliche Evaluierung der festgelegten Veranlagungsstrategie.

Tatsächlich wurde seitens der Stadt lediglich die Umsetzung der beiden erstgenannten Empfehlungen zugesagt – im Bericht selbst sind das die Punkte 14 und 15 und offensichtlich ist diese Umsetzung wirklich erfolgt – aber hinsichtlich des dritten und vierten Punktes, im Bericht unter 16 und 17 angeführt, gibt es seitens der Stadt anscheinend keine konkrete Zusage.

Nun kenne ich das Veranlagungsportfolio der Stadt Wels zumindest ansatzweise und es ist mir bekannt, dass dieses nicht nur aus einem einzigen, sondern aus mehreren Produkten besteht, was ja durchaus sinnvoll hinsichtlich der Erreichung einer Diversifizierung ist. Es gibt also keine Benchmark für diese Produkte und ich frage mich, aus welchen Gründen eine Umsetzung nicht erfolgte. Vielleicht erfolgte aber in der Zwischenzeit ohnehin schon eine Umsetzung dieser Empfehlungen.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Meine Fragen gehen in eine ähnliche Richtung.

Auf der vorletzten Seite des Rechnungshofberichtes stehen die Empfehlungen und zu Punkt 14 sowie Punkt 15 ist angeführt, dass seitens der Stadt eine Umsetzung zugesagt wurde. Ich frage, ob nun diese Empfehlungen bereits umgesetzt wurden oder ist hier noch eine Umsetzung in Ausarbeitung. Wenn sie noch nicht erfolgte, stellt sich die Frage, wann eine Umsetzung vorgesehen hat.

Bei den Punkten 16 und 17 steht bei „Umsetzung zugesagt“ die Erläuterung „keine Angabe“. Also, was passiert hier eigentlich?

Bgm. Dr. Koits: Die Punkte 16 und 17 sehen wir aufgrund unserer Erklärungen an den Rechnungshof zu den Punkten 14 und 15 als mehr denn abgedeckt an.

Das wäre also die Antwort sowohl auf die Frage von Herrn Dr. Rabl als auch auf die Frage von Frau Dipl.-Ing. Leitinger.

4.)

Rechnungshofbericht;
MEA SOLAR GmbH;
Stichprobenprüfung
DI-Präs-2216-2010

Bgm. Dr. Koits: Ich darf auch zu diesem Punkt auf den übermittelten Amtsbericht (Anlage 6) und den dazugehörigen bzw. ebenfalls übermittelten Rechnungshofbericht (Anlage 7) hinweisen.

Ich meine, als Ergebnis des Rechnungshofberichtes kann festgestellt werden, dass sich die MEA SOLAR seit ihrem Ankauf durch die EWW AG sehr, sehr positiv entwickelte und ich hoffe, dass es in diesem Rahmen so weitergeht. Ansonsten gibt es dazu seitens des Rechnungshofes keine Empfehlungen.

Vzbgm. Wimmer stellt fest, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen gibt und somit gleich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen wird.

5.)

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in der GR-Sitzung am 22.02.2010, betreffend Beschlussfassung einer Resolution hinsichtlich Festlegung der Zuwanderungsquote an die Bundesregierung und an die Landesregierung
DI-I-1005-2010

Bgm. Dr. Koits: Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat im Jahr 2010 einen Dringlichkeitsantrag gestellt, und zwar hinsichtlich Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung und an die Landesregierung betreffend die Zuwanderungsquote. Seinerzeit wurde dieser Antrag an den Präsidential- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen, was in der letzten Ausschuss-Sitzung erfolgte. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 8).

GR. Pernkopf: Der SPÖ-Antrag ist in der Sache richtig, aber andererseits scheint dieser überholt zu sein. Wir wissen ja, dass die Rot-Weiß-Rot-Card den Ministerrat bereits passierte. Die Begutachtung läuft schon seit Dezember 2010 und im Juli soll ein diesbezüglicher Beschluss im Nationalrat gefasst werden. Es wird einen Systemwechsel bei der Zuwanderung geben und so wird es zu Verbesserungen beim Zuzug kommen. Mit einem Punktesystem soll auf die qualitativ verbesserte Zuwanderung gesetzt werden. Ich glaube, das ist auch für die Kommunen der richtige Weg, letztendlich auch für Wels.

Wie die Neuregelung heruntergebrochen auf die Gemeinden genau ausschauen wird, weiß man noch nicht, aber nach den ersten Meldungen kann man schon sagen, dass die Zuwanderung künftig einem richtigen System unterliegt. Die sogenannten Dritt-Staaten werden künftig nach Kriterien gesteuert und nicht mehr nach speziellen Quoten. Und hat jemand das Recht zum Aufenthalt, hat er auch das Recht der Arbeitsmarktzugehörigkeit. Und Grundlage des Ganzen wird ein Punktesystem sein. Die berufliche Qualifikation, die Ausbildung, die Sprachkenntnis und das Alter der betreffenden Person werden im Blickpunkt stehen.

Somit werden Zuwanderungswillige weiter nach Österreich kommen können, wobei ja bekannt ist, dass wir pro Jahr etwa 8.000 Personen zuwandern lassen. Diese Quote werden wir sehr wohl brauchen, weil die Geburtenzahlen leider nicht das bringen, was wir bräuchten, um das System aufrechterhalten zu können.

Also, grundsätzlich stellt dieser vorliegende Antrag eine positive Sache dar, aber vielleicht wurde die rechtzeitige Beantragung verabsäumt. Wels hat ja den Nationalratsabgeordneten Kirchgatterer, der das wissen müsste und vielleicht könnte dieser der Welser SPÖ sagen, wie das weitergehen wird, damit wir diesen Antrag vielleicht doch in der fachlich richtigen Form vorlegen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Dieser Sachantrag, der jetzt zur Abstimmung kommen soll, wurde ja schon im Februar 2010 eingebracht und damals an den Präsidentialausschuss zur Beratung weitergeleitet. Dem Grunde nach sind wir für dieses Thema sehr empfänglich und wenn schon einmal seitens der SPÖ-Fraktion ein Antrag hiezu kommt, sind wir gerne bereit, solche Dinge mitzutragen. Es steht dem nichts entgegen, wenn allenfalls auch die Städte eine Mitsprache bei der Aufteilung der Aufnahme-Antragsteller bekommen. Das wäre schon ein gewisser Fortschritt.

Und natürlich gibt es ständig den Wunsch an den Bund und an das Land, mehr Geld oder höhere Bedarfszuweisungen für die Abhaltung von Deutschkursen zu bekommen, für Jugendbetreuungseinrichtungen, für die Senkung der Klassenschülerzahl etc. All diese Dinge sind ja sehr wichtig, weil sie die Integration positiv beeinflussen können. Wir scheuen uns deshalb nicht und werden somit diesem Antrag bzw. dieser Resolution natürlich zustimmen.

Was aber etwas eigenartig ist, das ist die Tatsache, dass zwar unsererseits stets eine Kooperationsbereitschaft vorhanden sind, aber von der SPÖ her ist diese in keiner Weise festzustellen. So war es beispielsweise interessant, dass die Freiheitliche Fraktion in derselben Gemeinderatssitzung am 22. Februar 2010 immerhin vier Anträge im Bereich der Integrationsthematik einbrachte, beispielsweise einen Antrag auf Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung mit sechs Punkten, und zwar des Inhalts, dass man in Zukunft im Bereich der Zuwanderung mehr darauf schauen sollte, Zuwanderer aus Ländern zu bekommen, die eher über ein christlich-europäisches Weltbild verfügen als sonst eines, weil man nämlich nach den vielen Jahren erkannte, dass die wirklichen Schwierigkeiten vor allem mit jenen verbunden sind, die aus dem streng islamischen Bereich kommen. Damit haben wir dann in der Gesellschaft die größten Störungen und wenn man schon weiß, wie die Dinge laufen, könnte man das – nachdem man in gewissen Bereichen den Zuzug sehr wohl braucht – von Haus aus berücksichtigen. Damit würde es nicht passieren, dass in den Schulen Väter auftreten und mit den Lehrerinnen herumschreien oder die den Buben nicht erlauben, mit den Mädchen zu spielen. Diesen ganzen Unsinn brocken wir uns ja selbst immer wieder ein, wenn wir aus diesen Staaten oder Kulturen Leute hereinholen, die dann nicht die geringste Bereitschaft zeigen, sich in unsere österreichische Gesellschaft zu integrieren.

Der Familienzuzug ist ebenfalls mit einer gewissen Problematik verbunden. Wenn beispielsweise schon jemand fünf Jahre in Wels oder sonst wo in Österreich lebt und dann womöglich Verwandte aus Ost-Anatolien etc. hierher holt, Verwandte, die nicht die geringste Ahnung von unserer Kultur oder unseren gesellschaftlichen Gegebenheiten haben, dann beginnt die ganze Problematik von vorne. Auf diesen Umstand und auch auf andere Dinge haben wir ebenfalls schon in diversen Anträgen etc. hingewiesen. Die SPÖ war jedoch vor ca. einem Jahr im Gemeinderat nicht dazu bereit, unsere Anträge sachlich zu diskutieren und so kamen sie nach damals erfolgter Zuweisung an den Präsidentialausschuss nicht mehr zurück in den Gemeinderat.

Ich erinnere daran, dass wir am 22. Februar 2010 einen Dringlichkeitsantrag betreffend Verkleinerung von Kindergartengruppen als Maßnahme zum besseren Erwerb von Deutschkenntnissen einbrachten. Dann wollten wir die Erweiterung eines Programms „Integration durch Sport“ erreichen, aber dieser Antrag wurde ebenfalls ein Jahr lang nicht behandelt.

Es tut uns insgesamt natürlich leid, dass unsere wirklich sehr sachlichen und zweckdienlichen Anstrengungen, die in Anträgen münden, letztlich aus dem Präsidial- und Integrationsausschuss nicht mehr zurückkommen in den Gemeinderat, was jedoch sehr wohl dann passiert, wenn irgendwelche Anträge von der SPÖ eingebracht werden. Trotzdem werden wir heute diesem SPÖ-Antrag zustimmen, damit sie sehen, wie sehr wir zur Zusammenarbeit bei diesen Themen bereit sind.

GR. Reindl-Schwaighofer: Zuerst möchte ich mich beim Kollegen Pernkopf für seinen Hinweis bedanken. Natürlich stimmt es, dass es mittlerweile eine Diskussion bezüglich Rot-Weiß-Rot-Card gibt. Der Verfasser des Antrages – in diesem Fall war das ich – hätte zum damaligen Zeitpunkt, also vor etwa einem Jahr, eine Glaskugel gebraucht, um zu sehen, dass die Frau Innenminister in diesem Bereich aktiv wird. So lange steht jedenfalls diese Rot-Weiß-Rot-Card noch nicht zur Diskussion, aber andererseits haben wir auch im Präsidial- und Integrationsausschuss darüber diskutiert, dass die Sache mit den Quoten zwar legislative Schwächen hat, andererseits meinten wir, dass die Frage der Bedarfszuweisungen, die ja von Herrn Dr. Wieser schon erwähnt wurde und die im Punkt 2. des Antrags aufscheint, eine ganz wichtige Angelegenheit darstellt. Tut man nämlich so, als sei es egal, ob wir in einem Ballungszentrum Schulen und Kindergärten haben oder ob es sich um Schulen und Kindergärten irgendwo am Land handelt, wo es zumeist kaum einen Zuzug gibt, dann stellt das irgendwo die Negation des Problems dar, denn tatsächlich müssen wir in den Städten Aufwendungen tragen bzw. finanzieren, die weit über jenen ländlicher Gebiete in diesem Bereich liegen. Wir haben uns deshalb schon allein aus diesem Grund dazu entschlossen, den Antrag anzunehmen und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlussfassung zuzuweisen. Es war uns eben sehr wichtig, mit diesem 2. Punkt darauf hinzuweisen, dass wir als Kommune auch finanziell nicht alleingelassen werden wollen. Hier waren wir uns noch einig.

Das Zweite betrifft jetzt das Lamento des Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser wegen anderer Anträge. Wenn wir aber von einem Konzept für „Integration durch Sport“ hören, das nicht beschlossen worden sei, dann muss ich sagen, dass ich persönlich gar kein Konzept für „Integration durch Sport“ kenne. Ich kenne allerdings die Aufforderung etwa an die Vereine, Integration in Zusammenhang mit Sportausübung zu machen. Aber bitte, macht doch ein derartiges Konzept und vielleicht können wir dieses gemeinsam beschließen.

Wenn dann aber in Anträgen Formulierungen enthalten sind, die eigentlich in der Giftküche des Witiko-Bundes entstanden sein könnten, werden sie bei uns keine Zustimmung finden.

GR. Mag. Lehner: Natürlich kann ich heute diesem vorliegenden Antrag zustimmen und Herr Dr. Wieser hat eigentlich schon die Begründung abgegeben. Aus meiner Sicht hätte dieser Antrag schon viel früher Platz greifen können. Ähnliche Anträge der Freiheitlichen wurden jedoch bislang immer von Rot, Schwarz und Grün abgelehnt. Für mich ist also die SPÖ gescheiter geworden, aber noch immer nicht so gescheit, dass

sie eine andere freiheitliche Forderung nach Einführung von Deutschtest in Zusammenhang mit der Vergabe von stadteigenen geförderten Wohnungen unterstützen würde.

Bezüglich dieser Wohnungsvergaben verstieg sich Herr Reindl-Schwaighofer in der Presse sogar zu Formulierungen wie „bringt nichts“ oder „Wohnen ist ein soziales Recht“ usw. Sogar das Demokratieverständnis des freiheitlichen Referenten Dr. Rabl stellte er in Frage. Andere Parteienvertreter sprachen von einer Doppelnul und von Hetze.

Vor einigen Wochen war ein erfolgreicher türkischstämmiger Regisseur und Schriftsteller in Österreich zu Gast. Er gab ein für mich bemerkenswertes Interview im Morgenjournal des Rundfunks ab, übrigens in perfektem Deutsch, ohne Akzent und Dialekt. Er schilderte kurz seine Kindheit und berichtete, dass er mit seinen Eltern im Alter von vier Jahren nach Deutschland kam. Natürlich wollte er gerne mit anderen Kindern spielen, mit Kindern, die türkisch sprachen. Seine Eltern jedoch forcierten das Zusammensein mit deutschsprachigen Kindern und bestanden auf einer guten Ausbildung in Deutsch.

Im Interview sprach er davon, dass es für ihn in seiner Kindheit eine harte Zeit war und er die Intentionen seiner Eltern nicht verstand. Heute aber, so sagte er im Morgenjournal, ist er seinen Eltern unendlich dankbar für diese Härte und er fragte hiezu rhetorisch, was wohl aus ihm geworden wäre, hätte es für ihn nur ein Aufwachsen mit türkischen Kindern gegeben. Er meinte, dass seine Ausbildung wohl mit der Grundschule abgeschlossen gewesen wäre und als Folge hätte er wohl eine ewige Unzufriedenheit mit der eigenen Situation gespürt.

Nun, übertragen auf die freiheitliche Forderung nach Einführung von Deutschtests für Bewerber um stadteigene bzw. geförderte Wohnungen bedeutet dies, dass das Fordern und Fördern in unserer Gemeinschaft sinnvoll und wichtig ist.

Vzbgm. Wimmer: Herr Kollege Lehner! Vielleicht könnten sie schön langsam doch wieder zur Sache zurückfinden?

GR. Mag. Lehner: Herr Vizebürgermeister Wimmer, ich glaube zur Sache zu sprechen, weil es dabei genauso um den Bereich der Integration geht.

Die Welser Politik kann sicher mit leichtem Druck die Integration fordern und fördern. Somit nimmt sie im übertragenen Sinn die Funktion der Eltern dieses türkischstämmigen, aber derart gut Deutsch sprechenden Regisseurs wahr. Die Vorteile dieser Maßnahme liegen auf der Hand. Erwachsenen und auch Kinder von Immigranten würden so in die Richtung geführt, dass sie sich durch bessere Deutschkenntnisse besser in der österreichischen Gesellschaft integrieren können, nämlich sowohl im Wohnumfeld, im Arbeitsumfeld oder auch in der Schule. Es entstünde eine Gewinn-situation für Immigranten und für die autochthone Bevölkerung. Ich ersuche sie daher, in Hinblick auf die Deutschtest, die unser Stadtrat Rabl einführt, um ihre Unterstützung.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dem zweiten Teil dieses Antrages würden wir natürlich sehr gerne zustimmen. Hier heißt es, dass es mehr Geld für Integrationsmaßnahmen geben sollte. Weil natürlich Gemeinden wie Wels durch den hohen Anteil an Migranten stärker als kleine Gemeinden gefordert sind. Das ist also völlig in Ordnung und dem Grunde nach ist das meines Erachtens der eigentliche Zweck dieses Antrages.

Der erste Teil des Antrages hat aber nicht nur wegen der Einführung der Österreich-Card, wie schon ausgeführt, mit einem überholten Vorgehen zu tun, sondern er ist unseres Erachtens auch nicht praktikabel. Wenn wir wissen, dass von den 8.145 Zuwanderern im Jahr 2010 auf das Land Oberösterreich 950 entfielen und wenn wir zudem wissen, dass mehr als die Hälfte davon auf den Familiennachzug entfällt, dann ergäbe ein Herunterbrechen dieser Quoten auf die Bezirke für Wels eine Größenordnung von 20 bis 25 Personen, die dann pro Jahr zusätzlich aufgenommen würden. Was aber, wenn unsere Wirtschaft, was wir ja sehr hoffen, mehr als diese 20 bis 25 Personen jährlich braucht und somit ein höherer Zuzug eigentlich wünschenswert wäre? Das alles lässt sich meines Erachtens auf diese Art und Weise nicht machen.

Würde man die auf Wels entfallende Quote dann auch noch auf einzelnen Stadtteile herunterbrechen, ergäbe sich zusätzlich ein sehr interessanter Aspekt. Da könnten dann Stimmen auftauchen, die meinen, in der Noitzmühle gäbe es sowieso schon zu viele Migranten und im Stadtteil Puchberg eher wenige, das heißt, von den auf Wels entfallenden 25 Personen müssten sich vielleicht 18 in Puchberg niederlassen und die paar anderen müssten halt irgendwie auf die anderen Stadtteile aufgeteilt werden.

So kann es doch nicht funktionieren, meine Damen und Herren! Das ist nicht praktikabel und deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Das aber nicht deshalb, weil wir nicht haben wollen, dass eine Stadt wie Wels zusätzliche Mittel bekommt, um die notwendigen Integrationsmaßnahmen finanzieren zu können.

StR. Dr. Rabl: Mit dem gegenständlichen Antrag wird eines eindrucksvoll bestätigt. Offensichtlich ist es nämlich in der Zwischenzeit auch bei der SPÖ in Wels angelangt, dass es mit der Integration nicht so ganz funktioniert und dass das Integrationsproblem durchaus eines der größten Probleme ist, das wir in Wels haben. Die Frage, die sich dazu stellt, ist nun jene, was denn die SPÖ gegen dieses Problem tut. Was wird getan, um dieses Problem tatsächlich zu beheben? Welche Konzepte liegen vor uns und was können wir konkret machen?

Das Einzige, was nun dieser Antrag bewirkt, ist Folgendes: Er schiebt die Probleme ab. Er schiebt sie an den Bund ab, denn dort sind sie am besten aufgehoben. Dort haben wir zwar einen Kanzler, der ebenfalls von der SPÖ kommt, aber das ändert nichts daran, dass Wels dieses Problem wieder einmal los ist und sich um weitere Lösungen nicht kümmern muss. Es beschreibt allerdings dieser Antrag auch, was die Stadt Wels ganz allein machen könnte, um das Problem anzugehen. Da steht beispielsweise im Antrag, dass es im Wohnumfeld eine Mediation geben soll. Ich habe eine derartigen Maßnahme in der Otto-Loewi-Straße in die Wege geleitet und wir haben dazu einen Antrag eingebracht, dieser schlummert aber seit über einem halben Jahr im Ausschuss; er wurde bisher nicht behandelt. Die Maßnahme wurde dank der Hilfe des Landes trotzdem umgesetzt, aber wir warten nach wie vor darauf, dass dieser Antrag endlich zur Behandlung kommt, damit er erstens diskutiert und zweitens unter Umständen auch beschlossen werden kann. Aber das passiert nicht!

Wir haben auch einen Antrag in Richtung Herabsetzung der Gruppengröße in den Kindergärten eingebracht, damit es eigene Deutsch-Förderkurse gibt in den Kindergärten und somit nicht derart viele Kinder ohne entsprechende Deutschkenntnisse in die Volksschulen kommen. Wir wissen ja, dass es in zehn Volksschulen einen Ausländeranteil oder einen Migrantenanteil von 80 Prozent und mehr gibt und das macht halt den Eltern Sorge, aber da kümmert sich niemand darum. Ich weiß, der Herr Stadtrat

Lehner kümmert sich lieber um einen Römerweg, den es eigentlich schon gibt, aber den er nochmals neu planen will, wofür 80.000 Euro bereitgestellt werden sollen. Das sind eben die Probleme der ÖVP und die SPÖ leugnet ja die Integrationsprobleme überhaupt.

Ich kann dazu nur Folgendes sagen. Wenn ich schon weiß, dass das das größte Problem der Stadt ist, dann muss ich erstens Geld in die Hand nehmen, um dieses Problem anzugehen und da reicht es auch nicht aus, schöne Integrationskonzepte zu machen, vielmehr muss endlich etwas passieren. Im November letzten Jahres wurde ja das überarbeitete Integrationskonzept gegen unsere Stimmen beschlossen, aber umgesetzt wurde davon meines Wissens nach noch gar nichts. Ich weiß nur, dass der Kollege Reindl-Schwaighofer immer über unser Konzept schimpft – wir haben ja ein 40-seitiges Integrationskonzept vorgelegt, in welchem auch die „Integration durch Sport“ ein Thema ist – aber wenn man sich seine Pressemeldungen aus der Vergangenheit anschaut, muss man feststellen, dass er leichte Erinnerungslücken hat, denn er kann sich an gewisse Dinge einfach nicht erinnern oder er will sich gar nicht daran erinnern.

Tatsache ist jedenfalls, dass das Integrationsproblem nicht ausreichend ernst diskutiert und nicht ausreichend ernst behandelt wird. Das kritisieren wir, aber in unseren Bereichen, wo wir Umsetzungsmöglichkeiten haben, nützen wir diese Möglichkeiten, um eben Maßnahmen zu setzen. Da wollen wir nicht einfach immer nur hören, dass etwas menschenverachtend sei, diskriminierend oder undemokratisch. Nein, wir wollen einmal Sachargumente hören. Wenn schon, dann soll ganz konkret argumentiert werden, warum etwas nicht geht, warum eine vorgeschlagene Maßnahme nicht sinnvoll ist oder wogegen sie konkret sprechen würde.

Um Probleme zu lösen, wird es nicht ausreichen, sich immer nur an den Bund zu wenden und zu sagen: Tu doch was, lieber Bund, und gib uns mehr Geld. Schon jetzt hätte dafür die Stadt Wels genug Geld. Wenn man weiß, dass im letzten Jahr 40.000 Euro für Integrationsmaßnahmen ausgegeben wurden und dass im Budget für heuer 100.000 Euro zur Verfügung stehen, muss man sagen: Dafür, dass das Problem recht groß ist, ist der für Maßnahmen zur Verfügung stehende Betrag recht klein. Wenn man gleichzeitig hört, dass für einen Römerweg, den es eigentlich schon gibt, neuerlich 80.000 Euro ausgegeben werden sollen, tut mir das in diesem Zusammenhang schon weh.

Also, ich kann es mir nicht ganz erklären, warum nicht endlich einmal an die Tat gegangen wird und nicht endlich Umsetzungsmaßnahmen vorangetrieben werden. Ich ersuche deshalb den Herrn Bürgermeister, jene Anträge der Freiheitlichen, die im Präsidial- und Integrationsausschuss liegen und der Bearbeitung harren, endlich im Ausschuss besprechen zu lassen.

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Rabl, ich hoffe, sie werden bald schmerzfrei sein. Eines gleich einmal vorweg: Ich habe mir eigentlich gedacht, dass bei der FPÖ ein neuer Zug eingekehrt ist, ich habe mich aber wohl getäuscht. Ich muss auch festhalten, dass sie zumindest in dem Punkt eine Partei der Verweigerung sind. Ich habe das in den vielen Diskussionen, die ich mit ihnen schon führte, immer wieder gemerkt.

Und wenn sie jetzt vorbringen, dass sie endlich einmal ihre Anträge im Präsidial- und Integrationsausschuss behandelt sehen wollen, dann müssen sie ihren Kollegen, die die FPÖ dort vertreten, auch sagen, dass sie in diesem Ausschuss anwesend sein sollten. Dort wurden nämlich alle Anträge selbstverständlich behandelt und die Vize-

bürgermeisterin Anna Eisenrauch wurde ersucht, zum Thema der Verkleinerung von Kingergartengruppen Überlegungen dahingehend anzustellen, welche Auswirkungen das für die Stadt hätte, was das an zusätzlichen Kindergärten bedeutete und an Kosten auch für die Mitarbeiterinnen etc., etc. Ähnliches hatten wir im Sportbereich. Wir diskutierten lange über das Thema „Integration durch Sport“ und wir meinten, dass der Präsidial- und Integrationsausschuss nicht dazu da wäre, irgendein Sportkonzept zu erarbeiten. Und wir meinten, dass das die zuständige Fachabteilung machen sollte. Andererseits ist es gerade zu diesem Thema sehr interessant, dass sowohl Herr Dr. Wieser als auch Herr Dr. Rabl immer wieder betonen, dass es ja im Sport mit der Integration sehr gut funktioniert, was im Übrigen auch stimmt, was ich immer wieder selbst feststellen kann, nachdem ich ja im sportlichen Bereich ebenfalls immer wieder unterwegs bin und sehe, dass es in den verschiedenen Mannschaften eigentlich kaum Probleme bezüglich Integration gibt. Dessen ungeachtet kann man sicher auch in diesem Bereich noch einiges machen.

Ich möchte mit diesen Beispielen zum Ausdruck bringen, dass man eben bei den Sitzungen anwesend sein muss und anschließend das Gehörte nicht einfach vergessen oder verdrängen darf.

Herr Dr. Rabl! Sie sagten, dass sie für die Otto-Loewi-Straße ein Projekt angedacht haben und ich betone hier, dass ich dieses persönlich unterstütze. Nur, wenn ich von ihnen ein dreizeiliges Schreiben bekomme und ich erst auf wiederholtes Drängen ihnen und der LAWOG gegenüber Unterlagen darüber erhalte, wie dieses Projekt eigentlich aussieht, dann schmerzt es mich schon, weil normalerweise gibt es andere Vorgangsweisen. Da muss ich ihnen nachlaufen, Herr Dr. Rabl, und sie ersuchen, uns doch endlich einmal die notwendigen Unterlagen zu übermitteln, damit wir uns in der nächsten oder in einer der nächsten Sitzungen des Präsidial- und Integrationsausschusses mit diesem Thema befassen und bei entsprechendem Zuspruch unsererseits eine Unterstützung gewähren können. Bitte, wenn die Voraussetzungen nicht passen, so wie sie überall sonst gegeben sein müssen, dann kann sich der Erfolg nicht einstellen.

Es war jetzt auch von der Rot-Weiß-Rot-Card die Rede und dass durch diese vielleicht unser Anliegen überholt sein könnte. Natürlich war vor einem Jahr diese Karte noch nicht so aktuell wie jetzt, nunmehr gibt es aber Diskussionen an verschiedenen Stellen, beispielsweise im Nationalrat. Solange wir aber nicht wissen, wie diese Diskussionen letztlich ausgehen und solange kein Beschluss vorliegt, sollten wir meines Erachtens an diesem Antrag festhalten. Ist dann aber der Beschluss im Nationalrat gegeben, wird sich womöglich das eine oder andere in diesem Resolutionstext von selbst erledigen oder wird als erledigt anzusehen sein. Wir haben meiner Erinnerung nach im Präsidial- und Integrationsausschuss ebenfalls über die im Raum stehende Einführung der Rot-Weiß-Rot-Card diskutiert und waren letztlich der Auffassung, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag im Gemeinderat sehr wohl behandeln bzw. beschließen sollten.

Herr Magister Lehner! Es tut mir wirklich leid, dass sie heute in ihrer Rede immer alles pauschalierten. Sie haben uns zwar eine schöne und durchaus interessante Lebensgeschichte eines türkischstämmigen Regisseurs vorgelesen – ich gestehe zu, dass das, was hier zum Ausdruck gebracht wurde, durchaus in Ordnung ist und es nichts hinzuzufügen gilt – nur tun sie so, als ob alle anderen, die sich etwa bei uns in Wels aufhalten, nicht so wären wie jener, um den es in dieser Geschichte gegangen ist. Das finde ich halt bedauerlich. Wenn ich beispielsweise mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Rabl spreche – da sind wir uns einig – dann geht es um Probleme in den Wohnsied-

lungen, in den Schulen, wobei uns das alles bekannt ist, aber andererseits sind wir uns auch einer Meinung darüber, dass das nur einen verhältnismäßig kleinen Teil betrifft, etwa 10 % der Migranten oder der Kinder von Migranten, und dass der weitaus überwiegende Teil dieser Migranten für die Gesellschaft wertvolle Beiträge leistet, egal woher diese Menschen kommen. Wir sind uns aber auch durchaus einer Meinung darüber, dass wir von jenem kleinen Teil, der bisher keine derartigen Beiträge geleistet hat, etwas fordern können. Selbstverständlich muss man hier gemeinsam arbeiten, nicht gegeneinander, denn sonst wird weder das eine noch das andere zu einem Erfolg führen.

Daher kann ich wirklich nur darum ersuchen, dass sich die FPÖ-Fraktion den Maßnahmenkatalog, den wir in vielen, vielen Stunden mit der ÖVP, mit den GRÜNEN und innerhalb der SPÖ-Fraktion diskutierten, wobei es nicht immer einfach zugeht bzw. gab es widersprüchliche Meinungen da und dort und nach harten Diskussionen hat man sich darauf geeinigt, ebenfalls genauer ansieht und ich bitte sie weiters darum, dort hinzugehen, wo die Umsetzung der Maßnahmen stattfindet, beispielsweise im Schulbereich, im Sportbereich, im Kulturbereich und, und, und. Leider treffe ich die Vertreter der FPÖ dort nirgends an und das ist dann sozusagen mein Problem.

Insgesamt ersuche ich jetzt um Beschlussfassung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 8) wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

6.)

PER Immobilien GmbH, 4609 Thalheim bei Wels, Bergerndorf 26;
Verkauf der ehemaligen Landesmusikschule in der Freieung
DI-LV-23-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 21.01.2011:

An die PER Immobilien GmbH, 4609 Thalheim bei Wels, Bergerndorf 26, werden die stadteigene Liegenschaft der ehemaligen Landesmusikschule (EZ. 151, KG. Wels) mit dem darauf befindlichen Objekt Wels, Freieung 16, zum Preis von € 750.000,-- sowie die

1.352/10.000stel stadteigenen Liegenschaftsanteile im benachbarten Objekt Freieung 14 (EZ. 153) mit den damit verbundenen Miteigentumsanteilen, bestehend aus dem Orgelsaal samt Nebenräumen (= Top 2), zum Preis von € 55.000,--, sohin zu einem Gesamtpreis von € 805.000,-- verkauft.

StR. Lehner: Ich habe es schon im Finanzausschuss zum Ausdruck gebracht, dass ich als Wirtschaftsstadtrat sehr froh über die nunmehrige Verwertung dieses Objektes bin und dass hier von einem Unternehmer, der Wels sehr eng verbunden ist, Geld investiert wird, um hier gehobenes Wohnen in der Innenstadt zu ermöglichen. Das ist genau das, was wir brauchen, um die Innenstadt zu erhalten bzw. zu erweitern. Ich glaube, für den Handel ist es sehr wichtig, wenn hier dieses gehobene Wohnen möglich ist. Daher gibt es eine große Zustimmung seitens der ÖVP, wenn hier ein Welser Investor dieses Objekt erhalten bzw. hochwertiges Wohnen ermöglichen will.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Eisenrauch.

GR. Prof. Mag. Teubl: Mit diesem Antrag soll jetzt die ehemalige Landesmusikschule verkauft werden. Dabei handelt es sich, wie wir alle wissen, um jenen Teil des Schlosses Pollheim, der noch im Besitz der Stadt Wels stand. Und das Schloss Pollheim ist schließlich nicht irgendein Gebäude in unserer Stadt, sondern eines mit großer Geschichte und es ist eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt Wels, auch wenn auf der Seite des Stadtmarketings im Internet keine Erwähnung davon getan wird.

Es wissen schon unsere Schulkinder darüber Bescheid, dass 1237 dieses Schloss erstmals urkundlich erwähnt wurde, dass der Meistersinger Hans-Sachs dort gewirkt hat, dass bis 1630 das Adelsgeschlecht der Pollheimer dort ansässig war usw. Nun soll also dieses Denkmal, dieses Gebäude verkauft werden, um 805.000 Euro in die Stadtkasse fließen zu lassen.

Mit im Angebot befindet sich ein Teil der Stadtmauer sowie der im Nebengebäude befindliche Orgelsaal, ein ehemaliger Kirchenraum, von dem man hört, dass eine Zwischendecke eingezogen werden soll, womit dieser Orgelsaal doch einigermaßen zerstört wird.

Das ist für die GRÜNEN ein unverantwortliches Vorhaben. Wir GRÜNEN sind der Meinung, dass ein derart wichtiges Gebäude im Besitz der Stadt bleiben soll. Die GRÜNEN werden deshalb heute genauso wie im Finanzausschuss wohl als einzige dagegenstimmen, wenn es darum geht, diesen Verkauf über die Bühne gehen zu lassen. Die GRÜNEN sind nicht dafür, dass wertvolles Kulturgut an private Interessenten verkauft wird, um das Budget zu sanieren. Der Verkaufserlös wird – davon sind wir überzeugt – nur einen kleinen Beitrag zum Stopfen der Budgetlöcher leisten, aber der Verkauf selbst wird für die Stadt ein unwiderbringlicher Verlust sein. Wir sind nicht dafür zu haben, für einen derart kurzfristigen Effekt Familiensilber zu verscherbeln.

Die GRÜNEN haben hier im Gemeinderat schon einmal den Vorschlag gemacht, in diesem Gebäude die Zentrale der Volkshochschule der Stadt Wels sowie Kursräume für diese Einrichtung unterzubringen, was mit kleineren Adaptierungsmaßnahmen in dieser ehemaligen Musikschule durchaus zu machen wäre. Die VHS Wels hält schließlich einen Gutteil ihrer Kurse noch immer in Klassenzimmern ab, was meines Erachtens für

Erwachsene nach einem langen Arbeitstag nicht wirklich zumutbar ist. Linz hat einen 15-stöckigen Wissensturm gebaut, um die Erwachsenenbildung entsprechend unterbringen zu können, aber Wels hat in dieser Richtung keine Ambitionen.

Auch andere Nutzungsmöglichkeiten böten sich an. Die Unterbringung städtischer Dienststellen wäre ebenso durchaus möglich und könnte einen Ersatz für das nicht gerade ansprechende Ambiente des Amtsgebäudes II in der Pfarrgasse schaffen. Im Gegenzug könnte dann aber dieses Objekt in der Pfarrgasse verkauft werden. Sie aber wollen heute diesen Teil des Schlosses Pollheim verkaufen, sie wollen, dass auf den 1.600 Quadratmetern Nutzfläche gehobenes Wohnen stattfindet, wie Herr Stadtrat Lehner gerade erläuterte. Man könnte auch sagen, dass dort hochpreisige Wohnungen entstehen sollen. Diesen Weg werden die GRÜNEN nicht mitgehen und deshalb heute gegen diesen Verkauf stimmen.

StR. Dr. Rabl: Die Freiheitliche Fraktion bekennt sich ganz klar dazu, dass diese Immobilie verkauft wird, nämlich aus mehrfachen Gründen.

Der Kollege Teubl hat seine Einwendungen bereits im Ausschuss sehr ausführlich dargelegt und wir haben dort eingehend über diese Angelegenheit diskutiert.

Prinzipiell muss man sagen, dass der Denkmalschutz für einen Privaten genauso gilt wie für die öffentliche Hand. Nachdem dieses Gebäude schon unter Denkmalschutz steht, kann der neue Eigentümer nicht herumfuhrwerken, wie er will, sondern ist dazu verpflichtet, dieses Gebäude entsprechend den Auflagen des Denkmalschutzes zu erhalten bzw. zu sanieren.

Zum Zweiten halte ich nichts von der Idee, dort die Zentrale der VHS anzusiedeln, noch dazu wenn man weiß, dass wir um rund 13 Mio. Euro den Herminenhof, der erst vor einem Jahr fertig wurde, sanierten, ebenfalls ein historisches Gebäude, und dort die VHS angesiedelt wurde. Eine abermalige Übersiedlung erscheint daher aus meiner Sicht nicht besonders zielführend und auch gar nicht notwendig zu sein, weil man sich meines Wissens nach außerdem dort im Herminenhof sehr wohl fühlt.

Insgesamt ist das ein Ertrag für die Stadt Wels, den ich in dieser Höhe gar nicht erwartete. Wir haben selbst Vorschläge dafür unterbreitet, was man mit diesem Gebäude machen könnte, aber wenn man es zu Wohnzwecken nutzen will, ist es doch so, dass man etwa 2 Mio. Euro in das Gebäude investieren muss, damit eine Verwendung überhaupt halbwegs möglich ist. Gott sei Dank haben wir uns letztlich dafür entschieden, diesen Verkauf vorzunehmen und insofern kann ich diesen Verkauf nur begrüßen, wenn er so stattfindet, wie er geplant ist.

Vzbgm. Wimmer: Ich bedanke mich zunächst einmal für die positiven Wortmeldungen der Kollegen Lehner und Rabl.

Wir haben dieses Thema mit den GRÜNEN schon im Ausschuss durchdiskutiert. Was die geschichtliche Abfolge betrifft – von dir, Walter, geschildert – kann ich dieser natürlich nur beipflichten, denn diese hast du korrekt wiedergegeben.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang eines wirklich scharf zurückweisen, nämlich dass es bei diesem Verkauf womöglich um das Stopfen von Budgetlöchern geht oder gar um die Budgetsanierung. Das ist absolut nicht der Fall. Zum Ersten wäre ja der

Betrag zu klein, ginge es tatsächlich um eine Budgetsanierung, zum Zweiten sind wir in der Stadt Wels sowieso in der glücklichen Lage, nicht vor einer Budgetsanierung zu stehen und nicht irgendwelche Löcher stopfen zu müssen. Es ist vielmehr so, dass wir damit ein sogenanntes „nicht betriebsnotwendiges Vermögen“ einer sinnvollen Nutzung zuführen.

Ich meine ebenfalls, dass der Wohnbau im Innenstadtbereich eine sehr wichtige Angelegenheit darstellt. Es wird ja immer davon gesprochen, dass die Wohnqualität in der Innenstadt gesunken sei, aber erfreulicherweise gibt es etliche Privatinitiativen, die in Richtung Verbesserung der Wohnqualität durch massive Investitionen in Objekte im Bereich der Innenstadt gehen. Und wenn jetzt die Stadt Wels ein Gebäude in der Innenstadt für Wohnzwecke zur Verfügung stellt, kann das meines Erachtens eigentlich nur allen Recht sein.

Natürlich hätte es auch andere Verwendungsmöglichkeiten gegeben. Seitens der Interessenten war es durchaus so, dass verschiedene Projekte vorgestellt wurden, wobei mir persönlich auch anderes recht gut gefallen hätte, aber letzten Endes blieb die Wohnnutzung übrig. Und eines käme meines Erachtens wirklich nicht in Frage, nämlich dass wir in einem historischen Gebäude, vielleicht auch noch unter Aufwendung von viel Steuergeld – meine Kollegen aus der Beamtenschaft mögen mir das verzeihen – eine Beamtenburg einrichten. Dafür vielleicht noch Millionen unserer Steuereinnahmen zu verwenden, das ist meines Erachtens nicht notwendig. Ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen vom Magistrat sind durchwegs relativ gut untergebracht und es erscheint nicht notwendig, ein weiteres Gebäude für Zwecke der Verwaltung zu widmen.

Ich danke für die signalisierte breite Zustimmung aus den Fraktionen und bitte jetzt um Abstimmung über diesen Punkt.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits und Vzbgm. Dr. Wieser sind bei der Abstimmung über Punkt 6. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

7.)

Fronius International GmbH, 4642 Sattledt, Froniusstraße 5;
Erwerb der stadteigenen Liegenschaft Grdst.-Nr. 1703, KG. Wels;
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-59-2010

Der Antrag lautet:

An die Fronius International GmbH, 4642 Sattledt, Froniusstraße 5, wird das stadteigene Grundstück Nr. 1703, vorgetragen in der Einlagezahl 455, Grundbuch 51242 Wels, Bezirksgericht Wels, unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

Als Kaufpreis wird ein Preis von € 80.000,-- festgelegt.

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, insbesondere die Grunderwerbssteuer, gehen zu Lasten der Käuferin.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Eisenrauch dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

8.)

Kindergarten und Krabbelstube Vogelweide-Nord, Neubau;
Planungsleistungen – Architektur;
Auftragsvergabe;
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
KI-KiV-13-2010

Der Antrag lautet:

Die Planungsleistungen – Architektur für den Kindergarten Vogelweide-Nord mit angeschlossener Krabbelstube werden um den Nettobetrag, d.h. ohne Mehrwertsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt, von € 97.209,69 an die Welser Heimstätte, eingetragene Genossenschaft m.b.H., Wels, Laahener Straße 21 a, vergeben.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

9.)

Straßenbauprogramm 2011;
Grundsatzbeschluss
BauD-BauS-21-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 24.01.2011:

Das als Anlage 9 beigefügte Straßenbauprogramm 2011 wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Wartinger: Das Straßenbauprogramm 2011 ist im Großen und Ganzen gelungen. Leider gibt es aber immer wieder einige Punkte, die entweder ganz fehlen oder nur dann zur Durchführung gelangen, wenn es das Budget erlaubt. Gar nicht vorhanden ist die im Gemeinderat schon oft erwähnte Vogelweide-Unterführung. Ich weiß, dass dafür nicht nur die Stadt zuständig ist, aber ich ersuche trotzdem die Verantwortlichen, rasch zu handeln und etwas zu unternehmen, damit dieser Schandfleck endlich saniert werden kann.

Ein weiterer Schandfleck betrifft die Neinergutstraße. Ich meine damit die Strecke vom Kreisverkehr ab der Kreuzung mit der Vogelweiderstraße bis hinaus nach Wimpassing. Obwohl hier ein großer Handlungsbedarf besteht, wird der Lückenschluss beim Geh- und Radweg entlang der stark befahrenen Neinergutstraße nur durchgeführt, wenn es die budgetäre Lage zulässt. In letzter Zeit ist da draußen doch einiges passiert. Durch den starken Zuzug in Laahen und Wimpassing einerseits, aber auch durch die starke Frequentierung dieser Strecke als Lauf- und Walkingweg ist dieser Lückenschluss für den Ortsteil Wimpassing mit einer hohen Priorität verbunden. Dieser sollte daher rasch durchgeführt werden.

Jetzt komme ich zur Albrechtstraße. An der Albrechtstraße werden zwar Sanierungsmaßnahmen vorgenommen, ich meine aber, dass man sich darüber hinaus Gedanken machen muss, um das starke Verkehrsaufkommen in diesem Bereich in den Griff zu bekommen. Dieser Straßenabschnitt stellt eine beliebte Abkürzung von und zur Neustadt dar, und zwar in Richtung Salzburger Straße bzw. Lambach. Und viele nutzen diesen als Schleichweg, da es vom sogenannten Gassl-Viadukt bis zur Krankenhaus-Kreuzung, also der Kreuzung Römerstraße/Grieskirchner Straße, nur eine Ampel gibt, die dazwischen liegt. Alle anderen Kreuzungen wurden durch Kreisverkehre zu flüssigen bzw. mehr oder minder durchgehenden Strecken umgebaut. Ich meine nun, dass dringend ein Konzept ausgearbeitet werden sollte, um die Anrainer dieses stark befahrenen Straßenstückes vor dem ausufernden Verkehrsaufkommen zu schützen.

GR. Kirchmayr: Das Straßenbauprogramm 2011 ist angesichts der zur Zeit gegebenen finanziellen Situation der Stadt Wels als vorzeigbare Leistung anzusehen.

Bei einem Vergleich mit dem Jahr 2010 sieht es wie folgt aus. Die Gesamtkosten beliefen sich 2010 auf € 2,750 Mio. und es setzten sich diese aus Eigenkosten für das Personal, für Fahrzeuge, Geräte oder für die Anmietung von Geräten und Fahrzeugen zusammen, ebenso für den Ankauf von Baustoffen, für Pflasterungen und Asphaltierungen. 2010 wurden insgesamt 50 Straßenbauvorhaben, nämlich 38 Neubauten und 12 Sanierungsmaßnahmen, ausgeführt.

Für das Jahr 2011 wurde ein Gesamtrahmen in Höhe von € 3 Mio. veranschlagt. Es sind Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen, die Instandhaltung von Landstraßen, Gemeindestraßen und Gehwegen. Weiters enthält das Straßenbauprogramm für 2011 Maßnahmen zur Beseitigung von Unfallhäufungspunkten und ein wichtiger Punkt betrifft die Herstellung neuer Straßen in Zusammenhang mit Wohnneubauten und Betrieben. Ein ganz wichtiger Punkt im Straßenerhaltungsprogramm, welches aus Mitteln des ordentlichen Haushalts finanziert wird, ist beispielsweise in der Sanierung der Albrechtstraße zu sehen und in der Sanierung der Parkspuren sowie der Gehsteige in der Eferdinger Straße.

Wichtig ist auch, dass das Straßenbauprogramm für 2011 nicht nur große Kreisverkehrslösungen und Bahnhofvorplätze beinhaltet, sondern dass auch daran gedacht ist, Nebenstraßen am Stadtrand von Wels zu sanieren. Die Bürgerinnen und Bürger, die irgendwo am Stadtrand von Wels wohnen, sind genauso Steuerzahler wie die Leute an der Ringstraße etc. und sollten deshalb mit ihren Anliegen ebenfalls berücksichtigt werden.

Zum Abschluss kann ich es mir nicht verkneifen, etwas zu sagen, was manch böse Zungen behaupten, nämlich dass der vorvorletzte Verkehrsreferent Dr. Wieser Wels für die Nicht-Welser unfahrbar gemacht hat und der vorletzte Verkehrsreferent Strassl Wels für die Welser unfahrbar machte, wobei ich als Beispiel die Einbahnführung in der Kolpingstraße nenne. Und so hoffe ich, dass unser letzter oder derzeitiger Verkehrsreferent Stadtrat Kroiß die Änderungen beendet bzw. die Einbahnen auch in Zukunft so belässt, wie sie eben zur Zeit sind. Er soll sich auch einen Kreisverkehr richten lassen, nämlich den beim Welios, damit die diesbezügliche Tradition mit den Kreisverkehren bei den Verkehrsreferenten erhalten bleiben kann.

Im Großen und Ganzen ist das Straßenbauprogramm 2011 auf dem richtigen Weg und es wird dafür von Seite der SPÖ die Zustimmung geben.

GR. LAbg. Dr. Csar: Herr Straßenbaureferent Kroiß sagte in seiner Berichterstattung, dass die Straßen eine Visitenkarte für Wels darstellen. Besucher kommen gern nach Wels, wenn sie hier gute Straßen vorfinden, ein gutes Verkehrskonzept, bei welchem sie sich in Wels auskennen. Genauso ist die Welser Bevölkerung selbst froh darüber, gute Straßen, Parkplätze zu haben und darüber hinaus sollten die Straßen und Parkplätze auch noch sauber sein. Das gehört alles zusammen bzw. gehört auch alles gepflegt.

Wir können auch stolz darauf sein, über ein Parkleitsystem zu verfügen, das unter Stadtrat Strassl installiert wurde, ein System, das sich vorzeigen lässt und an dem sich andere Städte ein Beispiel nehmen können.

Ich weiß, dass unter Vizebürgermeister Wieser das Verkehrskonzept ein Tohuwabohu war, aber unter Strassl ist es gelungen, dieses entsprechend auszubessern. Einen

sozialistischen Stadtrat für Verkehrsaufgaben hatten wir ja bis jetzt nicht oder zumindest schon sehr lange nicht. Ich weiß nicht, ob jetzt seitens der SPÖ ein Wunsch in der Richtung besteht, die Roseggerstraße nicht wieder in beiden Richtungen befahren zu lassen. Da müsste halt ein Antrag eingebracht und darüber diskutiert werden.

Jetzt komme ich aber zur Sache selbst zurück, nämlich zum Straßenbauprogramm. Es wurde schon gesagt, dass es wichtig ist, sich hier wohlfühlen und gerne nach Wels hereinzukommen, aber es erscheint auch wichtig, Konzepte als Ganzes umzusetzen bzw. zu realisieren, was man sich so vornimmt. Da gibt es eben ein beschlossenes Innenstadtverkehrskonzept, das unter anderem die Öffnung der Roseggerstraße in beide Richtungen beinhaltet. Diese Öffnung der Roseggerstraße ist bis heute nicht erfolgt. Ich weiß nicht, warum das noch nicht passiert ist, aber das wäre ein Wunsch, der noch umgesetzt werden müsste. Das ist nicht etwa ein Wunsch von einigen wenigen, sondern ein Wunsch des Gemeinderates bzw. gab es hier einen diesbezüglichen Beschluss und somit ist dieser Wunsch von allen handelnden Personen, insbesondere vom Verkehrsreferenten umzusetzen. Es wäre demnach gut, würde endlich eine Umsetzung entsprechend dem Verkehrskonzept erfolgen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Herr Dr. Csar hat mir aus dem Herzen gesprochen. Auch ich vermisse die Öffnung der Einbahn in der Roseggerstraße. Es liegt ein gültiger Beschluss des Gemeinderates vor und eigentlich gibt es keinen Grund, warum dieser nicht umgesetzt werden sollte, außer dass der Verkehrsreferent sagt: Das hat für mich keine Priorität. Ich meine allerdings, dass man so einen bestimmten Aufgabenbereich nicht führen kann. Die Referenten haben sich ebenfalls an die Beschlüsse des Gemeinderates zu halten. Deshalb denke ich mir, dass in diesem Straßenbauprogramm auch ein bestimmter Betrag für den Umbau der Roseggerstraße beinhaltet sein müsste.

StR. Kroiß: Wenn die Kollegen Teubl und Csar jetzt etwas bezüglich Öffnung der Roseggerstraße vorbrachten, möchte ich kurz auf die Historie zu sprechen kommen, speziell für die jüngeren Kolleginnen und Kollegen, die das nicht mitbekommen haben.

Während der Amtszeit meines Vorgängers Roland Strassl, bekanntlich ein ÖVP-Mitglied, wurde das Innenstadtverkehrskonzept beschlossen. Darin war die Öffnung der Roseggerstraße vorgesehen, und zwar einspurig in Richtung Norden und einspurig in Richtung Süden sowie unter Beibehaltung aller Parkplätze auf der Roseggerstraße. Zu einer Umsetzung dieser Maßnahme während der Amtszeit von Roland Strassl ist es aber nie gekommen, weil sich das die ÖVP nicht mehr getraute. Schon kurz nach diesem Gemeinderatsbeschluss über das neue Konzept ist man nämlich draufgekommen, dass man in Zusammenhang mit einem Fahrstreifen Richtung Norden und einem Fahrstreifen Richtung Süden nur eines erreicht, nämlich einen Rückstau bis auf die Ringstraße. Also, hätte die ÖVP wirklich die Öffnung der Roseggerstraße gewollt, hätte sie bzw. ihr Stadtrat dies machen können, aber, wie schon gesagt, dazu ist es nicht mehr gekommen.

Warum jetzt die ÖVP plötzlich wieder auf diesen Zug aufspringt, ist mir unerklärlich. Am Beginn meiner Periode habe ich mit Vertretern der Kaufmannschaft gesprochen, mit Vertretern der Anrainer, überhaupt mit sehr vielen Welser Bürgern und ich kann ihnen sagen, dass die Roseggerstraße für keinen dieser Bürger ein Thema war. Im Gegenteil ist es so, dass es auch die Kaufmannschaft so belassen sehen möchte, wie es derzeit ist.

Und wenn sie schon von einem aufrechten Beschluss sprechen, dann erklären sie mir bitte, warum die Kolpingstraße geöffnet und nicht als Einbahn eingerichtet ist. Der aufrechte Gemeinderatsbeschluss, von dem sie sprechen, sieht nämlich die Kolpingstraße als Einbahn vor, aber die schon umgesetzte Einbahnführung wurde von der ÖVP ganz locker geändert, sodass wieder ein Befahren in beiden Richtungen möglich ist. Also, kommen sie mir bitte nicht mit einem aufrechten Beschluss!

Zwischenruf GR. LAbg. Dr. Csar: Dieser ist aber aufrecht!

StR. Kroiß: Das stimmt, aber dann müssen wir die Kolpingstraße wieder zur Einbahnstraße machen.

Zwischenruf GR. LAbg. Dr. Csar: Und die Kaufmannschaft bestimmt, was zu geschehen hat!?

Bgm. Dr. Koits: Ich würde die beiden Herren bitten, diese Meinungsverschiedenheit im Anschluss an diese Gemeinderatssitzung auszutragen. Fest steht, dass es einen Gemeinderatsbeschluss gibt und dass dieser so oder so erledigt gehört. Das ist jetzt meine Auffassung zu diesem Thema.

StR. Kroiß: Der Kollege Kirchmayr von der SPÖ ersuchte, die Einbahn so zu belassen, wie sie sich zur Zeit darstellt. Wenn wir uns darauf besinnen, was gesagt wurde, ergibt sich wohl die Antwort von selbst.

Die Kollegin Gitti Wartinger sprach von der Vogelweide-Unterführung. Ja, diese Unterführung ist ein Thema und wir befinden uns in laufenden Verhandlungen. Leider haben wir von den ÖBB noch immer keine Unterschrift und wissen somit nicht, was das Ganze eigentlich kosten würde. Würden wir selbst zuvor mit diesen Arbeiten beginnen, müssten wir vielleicht vollständig für die Kosten aufkommen, obwohl das unsererseits anders gesehen wird. Aber wie ich schon sagte, es gibt dazu laufend Verhandlungen.

Was den Lückenschluss beim Geh- und Radweg an der Neinergutstraße betrifft, muss ich sagen, dass es damit nur dann funktionieren kann, wenn wir dafür genügend Geld haben. Jedenfalls wird dieses Thema sukzessive abgearbeitet.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Errichtung einer Fahrradüberdachung in der Bahnhofstraße Ost;
Grundsatzbeschluss
BauD-637-2010, miterledigt:
BauD-BauH-1037-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 24.01.2011:

Die Errichtung der Fahrradüberdachungen in der Bahnhofstraße Ost mit allen zusätzlich geplanten Einrichtungen wie E-Tankstellen, Fahrradboxen und Photovoltaik, in der Bahnhofstraße, östlich des Haupteinganges des Welser Bahnhofes gelegen, wird mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 170.927,86 – Kostengenaugigkeit +/- 10 % – grundsätzlich genehmigt.

GR. Mag. Humer: Von Herrn Stadtrat Kroiß wurde in seiner Berichterstattung schon sehr viel ausgeführt bzw. kann ich mich dem anschließen. Diese neue Fahrradabstellanlage stellt wirklich eine Belebung und Attraktivierung für Radfahrer dar. Es ist doch erwiesen, dass sich heutzutage Radfahrer zum Abstellen ihrer Räder überdachte Anlagen wünschen. Darüber hinaus geht es bei diesem Projekt aber nicht einfach nur um die Überdachung selbst, sondern wenn wir von Wels als Stadt der erneuerbaren Energie sprechen, dann haben wir es mit einem Mix aus verschiedenen Maßnahmen zu tun. So kommen hier zwei Stromtankstellen dazu und es freut mich besonders, dass hier eine Partnerschaft mit der Wirtschaft eingegangen wurde. Die Firma Fronius, ein innovativer Weltmarktführer auf diesem Gebiet, die wir in Wels haben, ist auf diesen Zug aufgesprungen. Ich bin kein Techniker, sondern Jurist und weiß deshalb nicht so genau, wie das funktioniert, werde es aber einmal ausprobieren, wenn ich mir solch ein Elektrofahrrad zulege. Und angesichts dessen, dass man in Wels wirklich schon etliche Hightech-Räder herumfahren sieht, braucht man wohl auch diese absperrbaren Fahrradboxen. Diese Einrichtung werde ich wohl eher nicht brauchen, aber nachdem ich ja auch nicht jünger werde, könnte es durchaus sein, dass ich mir irgendwann solch ein E-Bike zulege und dann werde ich dort andocken, um mir mein Fahrrad wieder aufladen zu lassen und auf diese Weise nicht nur sauber, sondern auch schnell und bequem unterwegs sein.

In diesem Sinne können wir von der SPÖ-Fraktion diesem sehr innovativen Gesamtprojekt nur die Zustimmung erteilen. Natürlich freut sich nicht nur der Finanzreferent darüber, dass dieses Projekt vom Bund im Wege des Landes entsprechend gefördert wird.

GR. Zaunmüller: Diesen Lobesworten kann ich mich nur anschließen. Es ist wenig überraschend, dass sich auch die Volkspartei diesem Antrag vollinhaltlich anschließen wird. Nicht nur, dass wir von der Sache absolut überzeugt sind, stellt es auch eine dringende Notwendigkeit dar, diese Fahrradüberdachung zu errichten. Der Status quo ist der, dass der bisher überdachte Teil des Fahrradabstellplatzes sehr gut angenommen wird – zumeist zu über 100 Prozent – und ein anderer Teil ist eben nicht überdacht, was bedeutet, dass er kaum frequentiert ist. Für die Radfahrer ergibt sich somit bei einer vorhandenen Überdachung ein sehr praktischer Nutzen. Sind wir uns ehrlich: Wer aus einem Zug aussteigt, wird in weiterer Folge gern auf einen trockenen Fahrradsattel aufsteigen. Dieses Problem werden wir also künftig in den Griff bekommen.

Hinter dieser Baumaßnahme steckt aber noch mehr. Meiner Meinung nach ist das ein Signal an die Radfahrer in der Weise, dass Wels bereit ist, für die Radfahrer etwas zu tun. Dieses Signal soll bedeuten: Wir lassen euch nicht im Regen stehen. Und es ist ein Signal in Richtung verstärkter Nutzung dieses umweltfreundlichen Fortbewegungs-

mittels. Ich glaube – wir alle kennen ihn – Pedalobert wird eine sehr große Freude damit haben.

Es ist dies auch ein Signal, das Wels als Umwelthauptstadt, als Energiehauptstadt setzt. Damit meine ich sowohl die von meinem Vorredner schon angesprochenen Photovoltaikanlagen als auch diese Stromtankstellen. Das stellt sicher etwas ganz Innovatives dar.

An dieser Stelle möchte ich nicht nur der Firma Fronius den Dank aussprechen – sie ist nicht nur Weltmarktführer, sondern sie versteht es auch immer wieder, mit der Stadt Wels gut zu kooperieren – denn auch die Wels Strom GmbH ist an diesem Projekt beteiligt und somit gehört der Wels Strom GmbH ebenso Dank gesagt.

Wenn nun sogar entsprechende Bundes- und vielleicht auch Landesmittel in das Projekt einfließen, so rundet das für mich dieses ausgezeichnete Gesamtbild noch ab.

Noch nicht gesprochen wurde heute über Folgendes. Wenn man auch die Wartung, Reinigung und Entsorgung herrenloser Fahrradkraxen noch in den Griff bekommt bzw. wenn das ebenfalls noch gut funktioniert, dann wird dieses Projekt tatsächlich ein Leuchtturm der Elektro-Mobilität.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Aus der Sicht der GRÜNEN ist dieses Projekt ebenfalls sehr zu begrüßen. Ich bin ja selbst begeisterte Radfahrerin und freue mich schon darauf, wenn ich abends mit dem Zug in Wels ankomme, trockenen Hinterteils mit dem Rad nach Hause fahren zu können.

Ergänzen möchte ich noch, dass im Rahmen unseres tollen Konzeptes auch noch über einen Radverleih nachgedacht werden sollte. Einige Welser Umlandgemeinden sind da schon mit gutem Beispiel vorangegangen, zum Beispiel Wallern und Bad Schallerbach. Ich denke, Wels als Energiehauptstadt hätte das auch nötig.

StR. Kroiß: Ich danke vorerst für die allgemein positiven Worte. Zur Kollegin Leitinger möchte ich sagen, dass dieses Fahrradverleihsystem auf alle Fälle angedacht ist. Es werden auch schon entsprechende Gespräche in Richtung einer möglichen Abwicklung dieses Systems geführt.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 132) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 98)
BZ-BauR-3518-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.01.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 10 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (132. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (98. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr.133) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 100)
BZ-BauR-3521-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.01.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (133. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (100. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 135) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 102)
BZ-BauR-3523-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.01.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (135. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (102. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 112/3.5 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-3716-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.01.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 112/3.5 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 614/A.1 (Stadtteil: Schafwiesen)
BZ-BauR-3713-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.01.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 614/A.1 (Stadtteil: Schafwiesen) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 801/1.4 (Stadtteil: Oberthan)
BZ-BauR-3714-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 31.01.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 801/1.4 (Stadtteil: Oberthan) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Haböck

17.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
VfGH-Urteil vom 15.12.2010, V 39/10 u.a. (Auswirkungen auf die Stadt Wels
in Hinblick auf unterschiedliche Altersgrenzen nach Geschlecht
für altersbezogene Vergünstigungen)
DI-Verf-027-2011

Bgm. Dr. Koits gibt gleich eingangs der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes bekannt, dass zum gst. Initiativantrag (Anlage 16) ein Abänderungsantrag (Anlage 17) seitens der FPÖ-Fraktion bzw. von Herrn StR. Dr. Rabl eingebracht wurde und er verliert den Abänderungsantrag.

GR. Haböck: Mit unserem Initiativantrag wollen wir auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 15. Dezember 2010 hinweisen bzw. auf dessen Auswirkungen auf die Stadt Wels. Es wird hiermit der Bürgermeister der Stadt Wels ersucht, zu überprüfen, welche Bereiche in Wels unterschiedliche Vergünstigungen in Hinblick auf das Erkenntnis der VfGH-Session vom 15.12.2010 aufweisen und diese Ungleichbehandlung zu beseitigen.

Als Begründung haben wir vermerkt, dass durch das Erkenntnis des VfGH unterschiedliche Altersgrenzen nach Geschlecht für altersbezogene Vergünstigungen als gesetzwidrig erkannt worden sind und es auch in Wels zu Klagen kommen kann. Weiters hält das Erkenntnis fest, dass unterschiedliche Altersgrenzen von Frauen bei 60 Jahren und Männern bei 65 Jahren nicht mit dem Gleichbehandlungsgesetz in Einklang zu bringen sind.

GR. Reindl-Schwaighofer zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, dass wir diese Angelegenheit am besten im Präsidial- und Integrationsausschuss weiterbehandeln sollten, denn es geht hier um viele Dinge, die beachtet werden müssen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 16) samt Abänderungsantrag (Anlage 17) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)
gegen 10 Nein-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

18.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
die Errichtung einer Citybuslinie zwischen Hauptbahnhof und Welios
DI-Verf-032-2011

GR. Prof. Mag. Teubl: Wie immer dürfen die GRÜNEN hier im Gemeinderat den Schlussakord spielen und so darf ich jetzt den Tagesordnungspunkt 18. erläutern.

Am 15. April werden wir uns zusammenfinden, um die Eröffnung des Welios bzw. des Science-Centers feierlich zu begehen. Dieses Haus ist als Publikumsmagnet konzipiert und es werden jährlich bis zu 300.000 Besucher erwartet. Touristiker jubilieren und der Bürgermeister spricht sogar von einem Welser Eiffelturm.

Bgm. Dr. Koits: Nein, nicht wirklich! Bitte genau hinhören! Andererseits ist ja der Eiffelturm nichts Schlechtes und die Sache mit dem Eiffelturm kommt von der Kaufmannschaft.

GR. Prof. Mag. Teubl: Okay! Ich habe nur ein Zitat wiedergegeben.

Jedenfalls wird das Ganze eine große Sache, egal ob das der Welser Eiffelturm wird oder auch nicht. Und 300.000 Besucher jährlich muss man erst einmal logistisch irgendwie verkraften. Es muss ganz einfach eine optimale Erreichbarkeit des Welios gewährleistet werden, und zwar auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Gerade Besucher einer Ausstellung, in der es um erneuerbare Energie geht, werden hoffentlich in ihrem Alltag mit Energie sparsam umgehen und auf öffentliche Verkehrsmittel setzen.

Die optimale Erreichbarkeit des Welios mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist allerdings bisher meines Erachtens nicht ausreichend gewährleistet. Die einzige Möglichkeit ab April, zum Welios mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zu gelangen, wird in der Nutzung der Grünauer Lokalbahn bestehen. Diese wird nach einem mit den ÖBB ausgehandelten Vertrag ganzjährig die Bahnhaltestelle Wels-Messe bedienen. Das finden wir sehr positiv und wirklich verstanden hat es ja bisher niemand, warum diese Haltestelle nur zu Messezeiten angefahren wurde. Aber als einziger Zubringer zum Welios scheint mir diese Verbindung doch ungenügend zu sein, nämlich angesichts dessen, was an Besucherzahlen erwartet wird.

Die GRÜNEN machten daher den Vorschlag, einen mit Solarstrom betriebenen Citybus einzusetzen, der im Taktverkehr den Bahnhof und das Welios miteinander verbinden soll. Solch eine umweltfreundliche Lösung würde das Ausstellungsthema des Welios überdies auf eine sehr eindrucksvolle und praktische Weise illustrieren.

So ganz nebenbei hätte dieser Citybus für die Stadt Wels noch einen positiven Nebeneffekt, denn es könnte dieser über die Ringstraße geführt werden, vielleicht sogar über den Stadtplatz und es könnte somit erstmals in der Geschichte des öffentlichen Linienverkehrs von Wels das eigentliche Zentrum der Stadt mit einem Bus erschlossen werden. Seien wir uns ehrlich: Bisher fuhr der Linienbus daran immer elegant vorbei.

Weder der Stadtplatz noch die Ringstraße sind derzeit im Liniennetz einbezogen und die Entfernung von der Zentrale am Kaiser-Josef-Platz her ist für Gehbehinderte genauso wie für Gehfaule doch schon etwas zu weit. Und die Frage, welcher Bus tatsächlich vom Bahnhof ins Zentrum hereinfährt, war Ortsfremden schon immer ein Rätsel. Auch dafür wäre ein Citybus eine klare Ansage.

Schließlich könnte noch ein Nebeneffekt damit erzielt werden. Wir haben alle keine besondere Freude mit der Linie 16. Der Bus der Linie 16 fährt nur sehr selten – das ist die Linie vom Welldorado bzw. von der Kunsteisbahn herein und es berührt diese seit neuem auch den Herminenhof – aber dafür ist das ein ungeheuer großer Bus, der nur spärlich besetzt ist. Die Fahrgastfrequenz auf dieser Linie ist also relativ gering und ich meine, das ist auch deshalb der Fall, weil diese Linie einen undurchschaubaren Fahrplan hat und keinem Taktverkehr unterliegt. Wie wäre es denn, auch auf dieser Linie kleine Busse einzusetzen und diese Linie regelmäßig zu bedienen? Da würde sich dieser Citybus anbieten. Eine Kombination einer Linie vom Bahnhof zum Welios mit der Linie 16 wäre durchaus denkbar und es könnte damit im Taktverkehr das Welldorado, die Kunsteisbahn und der Herminenhof angebunden werden. Damit könnten also auch diese drei Einrichtungen optimal an den öffentlichen Verkehr in Wels angeschlossen werden. Spätestens seit Eröffnung des Herminenhofs stellt das eine Notwendigkeit dar, auch wenn bislang diesbezügliche Anträge unserer Fraktion abgelehnt wurden.

Dass dieser heutige Antrag bestenfalls von Seite der ÖVP die Zustimmung finden wird, hat sich schon im Vorfeld abgezeichnet. Somit ist vorauszusehen, dass er abgelehnt wird. Dass sie, meine Damen und Herren von SPÖ und FPÖ, damit eine große Chance vertun, sollte ihnen jedoch klar sein. Ich ersuche sie daher, ihre diesbezügliche Meinung nochmals zu überdenken und den Antrag zu unterstützen.

StR. Kroiß: Den Antrag der GRÜNEN muss man in mehrere Abschnitte unterteilen. Zum ersten geht es um den Elektrobuss. Laut Homepage möchten die GRÜNEN einen solarbetriebenen Elektrobuss haben, aber laut hier vorliegendem Antrag streben sie einen Elektrobuss an, der mit Ökostrom betrieben wird. Das sind an sich zwei paar Schuhe.

Ich darf feststellen, dass wir Freiheitlichen ebenfalls zur Zukunft des Elektrobusses im öffentlichen Linienverkehr stehen, aber eben nur zur Zukunft, denn zur Zeit sind diese Elektrobusse noch nicht ausgereift. Sie sind zwar, oberflächlich betrachtet, sehr umweltfreundlich und haben natürlich einige Vorteile. Sie sind emissionsarm, geräuscharm und das Tanken bei der Steckdose ist derzeit noch viel billiger wie das Tanken von herkömmlichem Diesel. Für den Linienverkehr haben sie allerdings erhebliche Nachteile. Sie sind wesentlich teurer als normale Busse, sie haben eine sehr lange Batterieladezeit und die Akkumulatoren kosten ebenfalls viel Geld. Aber das größte Problem im Linienverkehrsbetrieb bestünde in der Reichweite der Busse, die auf 80 bis 120 Kilometer beschränkt ist. Wenn man sich nun vorstellt, dass ein Linienbus pro Stunde ca. 20 Kilometer fährt, dann wäre längstens nach sechs Stunden Pause. Das bedeutet, dass wir nicht einen, sondern zwei Busse pro Linie benötigen würden, und das zu einem sehr großen finanziellen Aufwand. Abgesehen davon muss ja auch der Strom irgendwo erzeugt werden. Und da der Strom kein Mascherl hat, wissen wir nicht, ob nun aus der Steckdose der gute Ökostrom herauskommt oder vielleicht der böse Atomstrom. Das kann niemand sagen.

Man muss sicher dazu sagen, dass europaweit schon einige dieser Elektrobusse im Einsatz sind, aber flächendeckend haben sie sich noch nicht durchgesetzt.

Abgesehen davon muss man festhalten, dass die Linie Wels, was die Ökologie betrifft, ein großer Vorreiter ist. Sie fährt nämlich mit Biodiesel aus altem Speiseöl und das fällt wirklich unter erneuerbare Energie.

Und dieser solarbetriebene Bus fährt derzeit in den Ebenen von Australien, wo es bekanntlich doppelt so viele Sonnentage wie in Wels gibt. In Wels würde er wahrscheinlich schon nach drei Stunden stillstehen, so wie das aussieht.

Und im zweiten Satz ihrer Begründung des Antrages schreiben sie, dass das Welios durch die ÖBB-Haltestelle nicht perfekt an den öffentlichen Verkehr angebunden sei. Hier stellt sich halt die Frage, wie man „perfekt“ definiert. Ist es perfekt, wenn wir eine Buslinie im 15-Minuten-Takt führen und diese pro Jahr weit mehr als 200.000 kostet? Wir sagen nein: Das ist nicht perfekt. Das Welios ist bereits durch die Bahn an den öffentlichen Verkehr angebunden. Es gibt somit eine Bahnhaltstelle, eine bestehende Bushaltstelle und auch das Sammeltaxi, das heißt, es gibt drei Möglichkeiten, damit ich zum Welios komme.

Dann schreiben sie immer von einer Zentrumslinie und beschreiben damit eigentlich die Ringstraße als Zentrum der Stadt Wels. Ich bin allerdings nicht ihrer Meinung, schon gar nicht in Bezug auf die Gehfaulen, denn die können ruhig vom KJ zur Ringstraße oder zum Stadtplatz rübergehen. Somit glaube ich, dass die Haltestelle am Kaiser-Josef-Platz nicht so schlecht ist. Und würden wir tatsächlich den Bus über die Ringstraße fahren lassen, so müssten wir auch Haltestellen errichten und damit Parkplätze weggeben, was für die Kaufmannschaft oder für die Wirtschaft nicht sehr gut wäre. Und nebenbei bedeutete dies einen Einnahmewegfall für die Stadt Wels.

Diese Zentrumslinie stellt aber keine Erfindung der GRÜNEN dar. Wir hatten schon einen Probelauf, es wurde aber diese Linie bald wieder eingestellt, weil sie sich einfach nicht bewährte.

Bei allen Überlegungen steht aber auch im Vordergrund, ob wir uns überhaupt solch eine Zentrumslinie leisten können oder wollen. Wie ich schon sagte, würde eine Linie im herkömmlichen 15-Minuten-Takt pro Jahr weit mehr als 200.000 Euro kosten.

Sie sagten schon, geschätzter Herr Kollege Teubl, dass wir ihrem Antrag nicht zustimmen werden. Warten wir doch einmal die Besucherzahlen beim Welios ab und wie sich damit zusammenhängend der Bedarf in Richtung öffentlicher Verkehr entwickelt.

Am Schluss möchte ich zu diesem Ökogedanken schon noch festhalten, dass wir diesen sehr wohl befürworten. Und als Vorgeschmack oder als symbolisches Zugeständnis für diesen solarbetriebenen Elektrobus möchte ich ihnen sagen, Herr Kollege Teubl, dass wir keine Kosten und Mühen scheuten, um ein derartiges Modell aus Adelaide zu bekommen und dieses darf ich ihnen jetzt überreichen. Und damit sie immer wissen, woher dieser solarbetriebene Bus kommt, ist er in blau gehalten.

Vzbgm. Wimmer: Das ist jetzt aber eine interessante Allianz!

Bgm. Dr. Koits: Sie sind fertig, Herr Stadtrat? Oder gibt es noch weitere Geschenke?

StR. Kroiß: Danke, ich bin fertig!

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich melde mich jetzt nicht deshalb zu Wort, weil ich ebenfalls einen blauen Autobus haben möchte, sondern um zur Sache zu sprechen. Es hat ja auch schon früher Geschenke gegeben, beispielsweise das Modell eines Stadions und das Friedenslicht wurde ebenso herumgereicht. Heute gab es diesen Autobus als Geschenk, weil eben der solarbetriebene Autobus zur Diskussion steht.

Wels möchte Energiehauptstadt sein und Wels möchte sich dazu bekennen, sozusagen mit allen Ecken und Enden, mit allen Möglichkeiten, um ein authentisches Bild abzugeben, das heißt, man möchte nicht bloß nach außen ein Bekenntnis ablegen, sondern das Ganze auch leben. Deshalb ist es wichtig, Akzente zu setzen, zu zeigen, dass man sich etwas traut. Und so soll eben in Wels ein Zeichen dahingehend gesetzt werden, dass man einen solarbetriebenen Bus einsetzt und damit auch zum Vorbild für andere Städte oder Gemeinden wird. Aus dieser Sicht ist der vorliegende Antrag der GRÜNEN sehr interessant.

Der zweite Punkt dieser Sache, die Anbindung des Welios, stellt ebenfalls eine ganz wichtige Angelegenheit dar. Das Welios wird nun im April eröffnet und dessen ordentliche Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist für uns ganz wichtig, um den Besuchern einen möglichst leichten Zugang zum Welios zu eröffnen.

Die Erschließung des Welios ist wichtig, aber genauso jene des Herminenhofes oder des Stadtplatzes. Hier decken sich unsere Ansichten, denn das sind wirklich drei neuralgische oder wichtige Punkte, die vom öffentlichen Linienverkehr erschlossen werden müssen, besser als derzeit. Ich glaube, es gibt keine andere Wels ähnliche Stadt, wo nicht das Rathaus von einem öffentlichen Verkehrsmittel erschlossen ist.

Es wurde die Realisierbarkeit angesprochen. Ich weiß, es ist nicht ganz einfach, aber man muss visionär denken und sich auch etwas zutrauen. Wenn ich daran denke, wie lang es oft Zeit braucht, um so etwas umzusetzen, ist etwas wie der heutige Zukunftsantrag sehr wohl notwendig. Ich hoffe nur, dass nach einer eventuellen Annahme dieser Antrag nicht ein ähnliches Schicksal erleidet wie die Innenstadtverkehrsplanung, was die Roseggerstraße betrifft. Etwas zu beschließen, dann aber jahrelang hinauszuschieben, das wäre wohl nicht so sinnvoll.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich möchte mich zunächst einmal bei der Freiheitlichen Fraktion, Herrn Stadtrat Kroiß, recht herzlich für diesen kleinen Elektrobus bedanken, den er mir zuvor überreichte.

Zwischenruf StR. Kroiß: Solarbetrieben!

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich werde es ausprobieren und zu Hause damit probefahren. Dass ich allerdings der einzige Welser bin, der solch einen Bus erhält, das stimmt mich traurig. Mir wäre es natürlich lieber gewesen, hätte die Stadt Wels oder der städtische Linienverkehr solch einen Elektrobus bekommen.

Ich darf das, was an Gegenargumenten gekommen ist, in drei Bereiche zusammenfassen. Es gab technische, finanzielle und organisatorische Gegenargumente.

Das technische Argument ist ziemlich klar. Einen solarbetriebenen Bus wird es bei uns kaum geben können, weil wir eher zu wenig Sonnentage haben, das heißt, in Australien wird das bestimmt besser funktionieren.

Andererseits können wir elektrobetriebene Busse einsetzen und natürlich gibt es einen Ökostrom. Ich verweise darauf, dass auch die Wels Strom GmbH diesen Ökostrom verkauft. Sie getraut sich, für diesen Strom mehr zu verlangen als für den anderen. Ich hoffe somit, dass das Mascherl nicht nur ein Mascherl sein wird.

Zweitens gibt es das finanzielle Argument. Dazu kann ich nur sagen, dass ich dafür keinerlei Verständnis aufbringen kann, solange wir 6 Mio. Euro für eine völlig unnötige Autobahnauffahrt budgetieren können. Wenn uns andererseits beim öffentlichen Verkehr nichts anderes einfällt als der Hinweis auf das Sparen, werde ich bei gewissen Aufwendungen bei anderen Dingen so meine Probleme haben.

Und wieder muss ich Herrn Dr. Csar Recht geben. Das Argument, dass es ja einen Elektrobus nicht flächendeckend quer über diverse Länder gibt, sondern höchstens in einigen Gemeinden, wird wohl insofern nicht ziehen, als wir uns als Stadt Wels immer als Energiehauptstadt, als Energiespargemeinde oder wie immer etikettieren. Angesichts dessen müssen wir doch Vorreiter sein und dürfen nicht hinten nachhinken.

Wenn gerade beim Welios immer wieder von Umwegrentabilität die Rede ist, so muss das wohl auch für Ausgaben, die den öffentlichen Verkehr betreffen, seine Gültigkeit haben.

Nun noch ein Wort zu den viel strapazierten organisatorischen Schwierigkeiten. Die Linie Wels hat immer organisatorische Schwierigkeiten. Diese Argumentation kann ich schon gar nicht mehr hören. Während in anderen Städten alle möglichen Linienführungen und Fahrplanintervalle locker zu bewältigen sind, ist es in Wels ganz offensichtlich undenkbar, einmal eine Buslinie zu planen, die nicht exakt eine Fahrzeit von 15 Minuten aufweist oder nicht genau mit den anderen Buslinien am Kaiser-Josef-Platz zusammentrifft. So etwas gibt es bei uns ganz einfach nicht, denn dafür müsste die Linie Wels endlich einmal aus den eingefahrenen Denkweisen ausbrechen, mit denen sie seit Jahrzehnten in Wels den öffentlichen Linienverkehr organisiert.

Zum Schluss der Appell: Denken sie einmal jenseits dieser eingefahrenen Bahnen und stimmen sie diesem Antrag zu. Denn dass es sich dabei um einen vernünftigen Vorschlag handelt, werden im Grunde ihres Herzens wohl auch jene Vorredner zugehen müssen, die hier dagegen aufgetreten sind.

Der Antrag (Anlage 18) zu Punkt 18. der Tagesordnung wird bei

10 Ja-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 23 Nein-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Abschließend stellt der Bürgermeister fest, dass das Ende der heutigen Tagesordnung erreicht ist, gegen das Protokoll über die letzte Sitzung kein Einwand erhoben wurde und dieses somit genehmigt ist; er dankt für die regen Diskussionen und erklärt sodann diese Sitzung für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: